

aufbau



klassenkampf
frauenkampf
kommunismus

58

september/oktober 2009
fr. 3.-/euro 2.-
www.aufbau.org

KONJUNKTURPAKETE?

Kämpfende ArbeiterInnen stärken! **3**

RIETER

Neue Konfrontationen in Sicht? **5**

EMMELY

Interview mit der kämpfenden Verkäuferin **9**

KLASSENJUSTIZ

Urteile der Prozesse in Italien **12**

Vorwärts und vergessen?

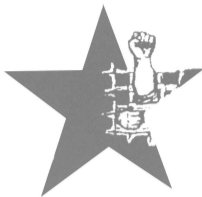


Das Kapitel DDR

POLITISCHE GEFANGENE

§129b in Stammheim und Düsseldorf

Die Anklagepunkte gegen die türkischen Genossen beziehen sich auf Aktionen der DHKP-C in der Türkei. Grundlage für die Anklage ist der 2002 erlassene §129b, der die Betätigung für eine «terroristische Vereinigung im Ausland» unter Strafe stellt. Der Prozess in Stammheim begann im März 2008. Das war auch genau der Ort, an dem der Prozess vor über 30 Jahren gegen die Mitglieder aus der RAF Baader, Ensslin, Meinhof und Raspe stattfand. Bekanntlich überlebte keiner von ihnen diesen Knast. Menschen, die die staatliche Selbstmordversion in Frage stellen, werden nach wie vor in der BRD kriminalisiert.



Der Schriftsteller Peter O. Chotjewitz, der als Rechtsanwalt in den 70er Jahren Andreas Baader verteidigte, meint auf die Frage zu den Parallelen in diesen Verfahren: «Genau wie beim Verfahren gegen Meinhof u.a. wurde ein «Hilfssenat» eingesetzt, der nach Prozessende wieder aufgelöst wird. Also ein Sondergericht an der kurzen Leine des Staatschutzes. Die Haftbedingungen und die Prozessführung ähneln sich stark, Schikanen gegen Besucher sind ähnlich, die anwaltlichen Rechte sind beschnitten.» Er besuchte Mustafa Atalay im Knast in Stammheim und meinte: «Teilweise sind die heutigen Angeklagten schlechter dran. Sie haben keinen Umschluss, müssen 23 Stunden alleine in der Zelle oder, wie Mustafa Atalay, in der Krankenstation verbringen. Sie können keine gemeinsame Verteidigungslinie bestimmen und drohen seelisch zu verkümmern. Da sie keine politischen Schriften erhalten, ist es schwierig, sich über aktuelle Geschehnisse zu informieren.»

Die fünf Gefangenen sind jetzt seit mehr als 30 Monaten in U-Haft. Mustafas Situation verschlechtert sich zusehends. Er selbst führt seine Krankheit auf seine 15-jährige Folter in der Türkei zurück. «Ich muss den Faschismus und die Folter in der Türkei nicht beweisen. Ich stehe vor Ihnen. Mein Körper ist voller Brüche und Narben.»

DHKP-C Verfahren in Düsseldorf

Am 15. Januar 2009 begann vor dem Hochsicherheitsgebäude des Oberlandesgerichts Düsseldorf ein weiteres §129b Verfahren gegen die DHKP-C. Dem 54-jährigen Angeklagten Faruk Ereren wird u.a. vorgeworfen, im ZK der Organisation tätig gewesen zu sein und sei «für zahlreiche Tötungsdelikte, Brand- und Sprengstoffanschläge verantwortlich». Ereren, der bereits am 8. April 2007 in Hagen verhaftet wurde, erklärte bereits in den ersten Tagen, dass die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft fern von jeder Seriosität sei. Ereren meinte, dass die Anklage, die vom türkischen Staat vorbereitet wurde, ohne jegliche Hinterfragung von Sachlichkeit und Logik übernommen worden sei. Dieser schreckte auch nicht davor zurück, ein unter Folter erblindeter türkischer Genosse in Beugehaft zu setzen, als er sich weigerte gegen ihn auszusagen.

Aufbau Vertrieb

An- und Verkauf proletarischer und kommunistischer Literatur

BASELBläsiring 86
Donnerstags von 18 bis 20 Uhr
E-Mail: basel@aufbau.org**ZÜRICH**Kanonengasse 35
(im Hinterhaus, Eisentreppe)
Samstags von 11 bis 16 Uhr

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU

Zentrum vom Revolutionären Aufbau BaselBläsiring 86 (Parterre) in Basel
Geöffnet jeden Donnerstag von 18 bis 20 Uhr**Zentrum vom Revolutionären Aufbau Bern**Das Lokal, Mitte Zaunweg in Bern
Jeden Mittwoch von 17 bis 19 Uhr**Zentrum vom Revolutionären Aufbau Zürich**Meinrad-Lienertstrasse 15 in Zürich
→ Infos im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus)
jeden Samstag von 11 bis 16 Uhr

IMPRESSUM

HerausgeberinnenRevolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich
Revolutionärer Aufbau Basel, Postfach 348, 4007 Basel
Revolutionärer Aufbau Bern, Postfach 87, 3174 Thörishaus
Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.ch**Redaktion (red)**Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Bern (rab),
Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw),
Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafb),
Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkbb),
Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkzz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak),
Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Arbeitsgruppe Winterthur (agw), Rote Hilfe-AG Anti-Rep (rh-ar), Kulturredaktion (kur)**Redaktion und Vertrieb Schweiz**aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, Fax 04 240 17 96, PC-Konto 80-33638-5
Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org**2** aufbau nr. 58 – september/oktober 2009

Jetzt wird es Ernst: Kundgebung in Zürich im Juli gegen die Entlassung gewerkschaftlicher AktivistInnen

Editorial

Geschichte ist immer Politik, aber Jahresdaten sind ein Instrument, mit dem Geschichte ganz speziell zu Politik gemacht wird. In Deutschland gilt das besonders für den 9. November. 1918 war der 9. November ein entscheidendes Datum der Revolution in Deutschland. 1938 wollten die Nazis mit den von ihnen «Reichskristallnacht» genannten Pogromen gegen JüdInnen die Erinnerung an diesen proletarischen Gedenktag auslöschen. Nochmals gut fünfzig Jahre später, 1989, sollte just der 9. November einen Wendepunkt im Zusammenbruch der DDR darstellen. Eine Kette von Zufällen führte dazu, dass genau an diesem Tag die Mauer fiel. Dieser historische Hassard spielte der herrschenden Geschichtspolitik in die Hände: Bilder von Bananen, Schwarz-Rot-Gold, D-Mark und kapitalistischem Markt überdeckten nun die Erinnerung an die Verbrechen der Nazis. Die Geschichtsklitterung zur DDR konnte von da an ihren Lauf nehmen. Unser Themen-Schwerpunkt schaut auf Geschichte und Nachgeschichte dieses Versuchs eines sozialistischen Staates. (Seiten 5–7)

Sieg bei INNSE! In der Krise kommt es eben auch zu Skämpfen von unten, die Anlass zur Hoffnung geben. Die Arbeiter der Mailänder Maschinenfabrik haben einen fast aussichtslosen Kampf gewonnen. Die «Unbeugsamen», wie (fast) ganz Italien sie nennt, haben mit eineinhalb Jahren der Werkbesetzung die Schliessung ihrer Fabrik verhindert. (S. 4)

Proletarischer Internationalismus heisst eine solidarische und kritische Auseinandersetzung mit den verschiedenen Positionen in der kommunistischen Bewegung. Das setzt aber Kenntnis über die besonderen Bedingungen voraus, unter denen unterschiedliche politisch-strategische Linien entstehen. In Nepal steht die maoistische Bewegung zwischen Guerillakrieg und Regierungsbeteiligung. Wir beleuchten die Widersprüche und Debatte innerhalb der nepalesischen Bewegung. Damit versuchen wir zu einer Einschätzung zu kommen über eine der am stärksten zugespitzten Situation kommunistischer Gegenmacht auf der ganzen Welt. (Seiten 4 und 12/13)

Für neue Leserinnen und Leser

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!



US-Soldat mit Drohne

Die atomare Abrüstung heizt das Wettrüsten an

AUFRÜSTUNG Die Krise und der Klimawandel beschleunigen das Wettrüsten. Neuer Rekord der Rüstungsausgaben im Jahre 2008. Die geplante atomare Abrüstung steigert die Kriegsgefahr.

(rabs) Die Krise des kapitalistischen Systems bringt eine weitere Verschärfung der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Mächten mit sich. Trotz allen schönen Verlautbarungen der verschiedenen Gipfeltreffen der Mächtigen blüht der Protektionismus, unverhohlen wird von höchster Stelle der Handel mit landeseigenen Produkten propagiert. Der weitere Ausbau der militärischen Schlagkraft zur Durchsetzung dieser Interessen liegt auf der Hand.

Die Rüstungsausgaben haben gemäss einer Studie des Stockholmer Forschungsinstitutes «Internationaler Friede» im Jahre 2008 einen neuen Rekord erreicht. Federführend sind die USA, wo jede Reform des Gesundheitswesens an «Geldmangel» scheitert, für die Rüstung aber 607 Milliarden Dollar ausgegeben werden. Weit abgeschlagen folgen China (85 Mia), Frankreich (66 Mia), Grossbritannien (65 Mia), Russland (59 Mia) Deutschland (47 Mia), Japan (46 Mia) und Italien mit 41 Milliarden Dollar.

Privatisierte Kriege

Die militärische Aufrüstung lässt sich längst nicht mehr nur an den staatlichen Rüstungsbudgets messen. Auch der Krieg ist auf allen Ebenen privatisiert worden. Von der militärischen Infrastruktur, beispielsweise die Essensversorgung der Truppen, bis hin zu den Kampftruppen. Im Irakkrieg hat dieser Wirtschaftssektor einen gewaltigen Boom erlebt. Entgegen der offiziellen Darstellung wird das durch den Teilabzug entstandene Vakuum keineswegs einfach mit irakischen Truppen gefüllt, sondern zu einem guten Teil auch mit frisch eingeflogenen Söldnern der zahllosen Sicherheitsfirmen.

Wie jüngst bekannt wurde, beteiligt sich die berüchtigtste dieser Söldnertruppen, die US-Firma Blackwater, auch an den zahllosen US-Drohnen-Angriffen auf das pakistanische Grenzgebiet. Die Arbeitsteilung ist perfekt: die Söldner installieren die Raketen auf die Drohnen vor Ort und die CIA-Leute steuern in der US-Zentrale das Ziel an und lösen den Angriff mit dem Joystick aus. Auch im Irak hat US-Präsident Obama den Vertrag mit dieser Mördertruppe, die bei jeder Gelegenheit wild um sich schießt, um zwei Jahre verlängert.

Die Farce der atomaren Abrüstung

Im Frühjahr sprach der frischgebackene US-Präsident Barack Obama anlässlich einer Rede in Prag von der «moralischen Verpflichtung der USA» auf eine Welt ohne Atomwaffen hinzuwirken. Im Juli trifft sich dann Obama mit dem russischen Präsidenten Medwedjew in Moskau und beide unterzeichnen eine Rahmenvereinbarung für die Verlängerung des Ende dieses Jahres auslaufenden Start-1-Vertrages zur Beschränkung der Atomsprengköpfe. Die von Obama anlässlich dieses Treffens vorgeschlagene weitere Reduktion auf 1000 Kernsprengköpfe hat allerdings wenig mit seinem «Friedenswillen» zu tun. Tatsache ist, dass Russland den USA hinsichtlich der konventionellen Kriegsführung

unterlegen ist und daher eine Reduktion der atomaren Schlagkraft die militärische Dominanz der USA noch weitere ausbauen würde. Der Wille zum Frieden entpuppt sich damit als geschickter Schachzug, um militärische Schlagkraft zu erhöhen.

Just im gleichen Monat präsentiert Indien der Weltöffentlichkeit ein atomar getriebenes U-Boot, eine Kriegswaffe, über die bis anhin nur die USA, Frankreich, Grossbritannien und China verfügten. Der Name des Kriegsschiffes «INS Arihant» bedeutet sinnigerweise «Zerstörer des Feindes». Dem angesprochenen Feind, Pakistan, fehlen zwar derzeit die finanziellen Mittel für den Kauf und Unterhalt eines atomaren U-Bootes. So bleibt nichts anderes übrig, als auf konventioneller Ebene kräftig aufzurüsten und, was wiederum den USA kaum Freude bereiten wird, die militärische Zusammenarbeit mit China zu verstärken. Laut Spiegel-Online laufen derzeit Verhandlungen über die Stationierung von chinesischen Militärschiffen im pakistanischen Hafen Gwadar¹.

Konflikt «Klimawandel»

Auch das plötzliche Interesse der USA am Klimawandel ist weniger dem unbestrittenenmassen intelligenteren und aufgeschlosseneren Bush-Nachfolger geschuldet. Auch hier stehen in verschiedenster Hinsicht handfeste strategische Interessen auf dem Spiel. Der Klimawandel ist längst zum Sicherheitsproblem geworden. Die EU publizierte am 14. März 2008 den Bericht «Klimawandel und internationale Sicherheit» und schlägt Alarm². Befürchtet wird die Verschärfung sozialer Konflikte, da der Klimawandel den Widerspruch zwischen den Metropolenländern und dem Trikont im wahrsten Sinne anheizt. Ein guter Kapitalist verkauft aber bekanntlich auch den Strick, mit dem er anschliessend erhängt wird. So sieht die EU durchaus auch positive Aspekte im Klimawandel: Das Nordpolis schmilzt und die darunter liegenden Erdöl- und Erdgasreserven, aber auch Zinn, Mangan, Gold, Nickel, Blei, Platin und Rohdiamanten, können endlich ausgebeutet werden. Kein Wunder also, stellt die EU-Kommission fest: «Der Klimawandel kann auch Streitigkeiten über Handelsrouten, Meeresgebiete und vormals unerschließbare Ressourcen auslösen». Die Grossmächte sind längst in Stellung gegangen und rüsten am Nordpol massiv militärisch auf. Sowohl Russland als auch die USA machen Ihre Ansprüche für den angrenzenden Nordpol geltend.

Insgesamt also ein sehr bedrohliches Szenario. Nicht nur wegen der bereits laufenden Kriege wie im Irak und Afghanistan, um nur die blutigsten und wichtigsten zu nennen. Die imperialistischen Mächte zündeln derzeit ungehemmt an weiteren Kriegsherden. Leider ist der Widerstand gegen den imperialistischen Krieg in den letzten Jahren aus der Mode gekommen. Dabei geht es keineswegs nur um die durchaus angebrachte Solidarität mit den von der imperialistischen Kriegsmaschine drangsalieren Völkern. Die Kriegspolitik bringt auch eine massive Verschärfung der Repression gegen Innen mit sich, ganz zu Schweigen vom Risiko, dass die imperialistischen Mächte sich auf die Dauer nicht nur auf Stellvertreterkriege beschränken werden.

¹ Spiegel Online vom 16.08.09, «Asiens Atommächte rüsten um die Wette»

² www.imi.online, Die Versicherheitlichung des Klimawandels

KOMMENTAR

Kampfkraft statt Konjunkturpakete

Für den 19. September hat die Unia zur schweizweiten Demo in Bern aufgerufen. Die Gewerkschaft fordert dabei von allen und jedem beinahe alles für fast alle und jeden. Nur etwas tut sie nicht: aktiv kämpfende ArbeiterInnen unterstützen.

Die Forderungen, welche die Unia aufstellt, um die Krise zu bekämpfen, tönen vernünftig. Ein Teil davon gehört schon lange zum Katalog der Gewerkschaft: Mindestlöhne von 3600 Franken, gegen den Abbau bei den Sozialversicherungen, für einen Ausgleich der Krankenkassenprämien. Alles Tagesforderungen, aber vernünftig. Andere Forderungen klingen so, als würden sie weiter gehen. Dazu gehören die Konjunkturprogramme für «einen ökologischen Umbau». Hinter Konjunkturpaketen steht die Vorstellung, dass der Kapitalismus in Zyklen verläuft, und dass der Staat mit vorgezogenen Investitionen in der Krise einspringen und «überwintern» helfen kann. Das mit den Zyklen ist nicht falsch, aber die Grössenordnungen sind verschoben. Die Wirtschaftskrise der 1930er-Jahre, mit der die heutige Krise verglichen wird, hat nicht das in den USA «New Deal» genannte Konjunkturpaket beendet. Sondern das gewaltige Investitions- und Zerstörungsprogramm namens Zweiter Weltkrieg. Der Schweizer Staat hat bis heute 52 Franken pro Kopf der Bevölkerung ausgegeben oder weniger als 1% des Bruttoinlandsprodukts. In den USA sind es über fünfmal mehr. Der Gewerkschaftsbund macht nun Vorschläge, wo der Bund investieren soll. Kostenpunkt: 5 Milliarden Franken, ein Klacks.

Es geht nicht darum, für oder gegen Konjunkturpakete zu sein, sondern wer sie fordert und wie dabei argumentiert wird. Auf jeden Fall sind es Massnahmen zur Erhaltung des Kapitalismus. Aber auch verzweifelte Zugeständnisse und Reformen der Herrschenden zur Befriedung, die von unten errungen worden sind, können eine Dynamik entfachen, wenn sie auf eine Bewegung von unten prallen. Und wer hofft, dass die zunehmende Verelendung automatisch die Massen in den Aufruhr treibt, ist naiv, zynisch oder beides. Ohne starke Mobilisierungen von links nützt die Krise nur den reaktionären Hetzern. Solche linken Mobilisierungen sind entscheidend. Davon sind Forderungen wie die nach einem wolkigen «ökologischen Umbau» eben weit entfernt. Wenn sie die Binnenkaufkraft gestärkt sehen will, argumentiert die Gewerkschaft nicht nur im Rahmen des bestehenden Systems, sondern behauptet, Kapital und Arbeit hätten in der Krise dieselben Ziele.

Stattdessen braucht es Forderungen, die auf das Kräfteverhältnis zwischen ArbeiterInnen und Kapitalisten zielen. Zugespitzt gesagt: es gibt nur Lösungen, die auf Kosten der einen oder anderen Klasse gehen, und deshalb muss das Engagement auf Klassenkonfrontation aus sein. Dazu gehört, Initiativen von kämpfenden ArbeiterInnen zu unterstützen und in einen breiteren Zusammenhang zu stellen. «Bossnapping» mag eine begrenzte Massnahme sein, aber es ist ein Moment, in dem sich ArbeiterInnen direkt wehren. Im Zentrum muss die Stärkung eigener Kampfkraft stehen: bietet die Gewerkschaft Hand für Betriebsbesetzungen, für Räte in den Fabriken und für Möglichkeiten direkt eigene Interessen äussern zu können? Die Erfahrungen in der Unia Tessin, wo militante Gewerkschaftsmitglieder abgesägt werden, sehen anders aus. Die Gewerkschaften müssen sich an ihren Taten messen lassen. (az)

INNSE: Il trionfo degli operai – der Triumph der Arbeiter

ARBEITSKAMPF Die Arbeiter von INNSE haben den Kampf um den Erhalt der Maschinenfabrik gewonnen: Sie haben das beinahe Unmögliche, für das sie sich seit eineinhalb Jahren einsetzen, möglich gemacht.

(rabs) Am 12. August 2009 feiert eine kämpfende Belegschaft mitten in der Nacht, mitten auf der Strasse. Die Anspannung und Anstrengung der letzten Monate geht nahtlos über in Freude und Jubel über den gewonnenen Arbeitskampf, in dem Ohnmacht überwunden und stattdessen Initiative und Kreativität freigesetzt worden ist. Hier wurde der Ohnmacht getrotzt, der Abertausende von ArbeiterInnen ausgeliefert sind: das Bewusstsein, man gehöre zu denen, mit denen die Mächtigen alles machen zu können glauben. Es sei denn, man zwingt sie als Masse mit stärkerer Stimme, grösserer Entschlossenheit oder besserer Strategie in eine Situation, in der eigene Forderungen und Bedürfnisse durchsetzbar werden. Das haben die 49 ArbeiterInnen der INNSE erreicht, obschon es kaum mehr jemand für möglich gehalten hatte. Ein Kampf also, der selbst für solidarische und überzeugte Menschen Massstäbe setzt in Bezug auf die Frage, was durch Hartnäckigkeit und geschickte Aktion in Bewegung gesetzt werden kann.

Chronologie einer Besetzung

Seit dem 31. Mai 2008 kämpft die Belegschaft um den Erhalt der in den 20er Jahren gegründeten Maschinenfabrik. Damals glaubte der Unternehmer Genta, per Post die Produktion einstellen zu können, um dann eine traditionsreiche Fabrik zu verschern. Ergaunert hatte er sie einst für 700 000 Euro, für 2,5 Millionen Euro wollte er zuletzt die Maschinen verspekulieren. Die ArbeiterInnen der INNSE, die die bereits langandauernde Demontage der Fabrik miterlebt haben, besetzen jedoch den Betrieb (siehe aufbau 55) und führen zunächst die Produktion in Selbstverwaltung weiter. Dies gemäss eigenen Aussagen nicht in der Meinung, damit dem gesellschaftlich dominanten Kapitalverhältnis zu entflie-



Von der Polizei verjagt, aber Fabrikschliessung verhindert.

hen, sondern als taktischer Schritt in Richtung Erhalt der Arbeitsplätze. Schliesslich gab es von Anfang an ein Kaufangebot, das dem Spekulanten Genta vermutlich lediglich nicht profitabel genug war. Am 17. September 2008 wird das Experiment von der Polizei beendet, die Belegschaft hält die Mobilisierung von aussen mit Wohnmobil und Wachen aufrecht. Bis zum 2. August 2009, an dem über 500 Carabinieri und Polizisten als Häscher der Unternehmer unter den Augen angeblich

machtloser Politiker auf Arbeiter und sich Solidarisierende gehetzt werden. Es folgen Tage der Auseinandersetzung, mit Verletzten auf Seiten der Arbeiter und der Polizei. Knüppel in den Händen von Polizei im Ordnungsdienst oder in zivil prägen das Bild, so wie man es hierzulande aus Zeiten hoher Repression anlässlich des WEF oder des 1. Mai in Zürich kennt. Der bürgerliche Staat hat keine Hemmungen, seine bis an die Zähne bewaffnete Macht zu zeigen, wenn Demokratie nicht als Privileg des Bürgertums und Arbeitsplatzabbau nicht als damit verknüpftes Schicksal akzeptiert wird.

Die Vier auf dem Kran

Trotz scheinbar verlorenem Kampf finden die «Unbeugsamen», wie sie inzwischen selbst in bürgerlichen Blättern genannt werden, am 4. August 2009 aber einen Weg, die geplante Demontage und den Abtransport der Maschinen zu verhindern und die Wende zu erzwingen. Vier Arbeiter und ein Gewerkschaftsfunktionär der FIOM-CGIL im Alter zwischen 45 und 60 Jahren schleichen an den Ordnungshütern vorbei und klettern auf einen 17 Meter hohen Laufkran. Dieser ist für den Abtransport der schweren Maschinen unabdingbar. Hoch oben auf 25 Metern Länge und eineinhalb Metern Breite harren die Kranbesetzer acht Tage und 13 Stunden bei bis zu 40 Grad und abendlicher Mückenplage aus. Die Aktion hat Erfolg: Nach 15stündigen Verhandlungen hat der Betrieb den Besitzer gewechselt, die neue Unternehmensleitung besteht aus einer Aktiengesellschaft namens Camozzi. Dies unter dem Druck kreativer proletarischer Aktionsformen und einer immer grösser werdenden Solidaritätswelle. Die Solidarität war für die INNSE-Arbeiter ein wichtiger Faktor: Von den SBB-Arbeitern haben sie den Slogan „giù le mani“ übernommen, ArbeiterInnen in Sesto San Giovanni gaben sie ihre Erfahrungen weiter. Diese haben den Betrieb ebenfalls besetzt. Die Tageszeitung des Industriellenverbandes Il Sole-24 Ore diagnostizierte dazu unter dem Titel «Wenn der Fall INNSE anfängt Schule zu machen», dass Arbeitskämpfe zunehmend «ausser Kontrolle» gerieten.

Wenn der Boss nicht zu Hause schläft

MILITANZ IM ARBEITSKAMPF Die über 600 000 Entlassungen seit Anfang Jahr zeigen Wirkung. Die Beschäftigten vieler französischer Betriebe haben wieder den militanten Arbeitskampf entdeckt. Die Zeiten sind rauer geworden, nicht nur in Frankreich.

(rabs) Der Frankreich-Manager von Sony will ein letztes Mal das von ihm liquidierte Werk besuchen. Die 311 ArbeiterInnen nutzen die Chance und nehmen ihren Chef kurzerhand als Geisel. Es wird so eine höhere Abfindung erreicht. Der wieder Freigekommene meint nur: «Ich bin zufrieden, frei zu sein und wieder das Tageslicht zu erblicken».

In der 3M-Fabrik in Pithiviers, südlich von Paris, wird gestreikt, die Eingänge mit Baumstämmen blockiert. In ganz Frankreich sollen an 13 3M-Standorten 2700 ArbeiterInnen entlassen oder versetzt werden. Die Beschäftigten in Pithiviers sind damit überhaupt nicht einverstanden. Hier sollen 110 der 235 Stellen gestrichen werden. Sie entscheiden, den Druck zu erhöhen. «Wir haben doch sonst keine Munition» sagt ein seit 11 Jahren Beschäftigter zur Geiselnahme seines Direktors Luc Rousselet. Die LadenbesitzerInnen planen ihre Geschäfte aus Solidarität mit den ArbeiterInnen zu schliessen. Nach einer Zusicherung wird der Manager nach drei Tagen wieder freigelassen.

Beim Hebebühnen-Hersteller JLG, beim Autozulieferer New Fabris und beim Technologiekonzern Nortel bestücken fast gleichzeitig die vom Kahlschlag bedrohten Beschäftigten Firmeneigentum mit explosiven Gasflaschen. Sie alle drohen die Flaschen, teilweise sogar sich selbst, in die Luft zu sprengen. Die Beschäftigten der JLG erhalten durch diese Aktion 30 000 Euro Abfindung, weniger als die geforderten 50 000 Euro, aber deutlich mehr als die 16 000 von der Geschäftsleitung angebotenen. Bei New Fabris fordern die Streikenden Zahlungen ihrer Hauptkunden Renault und Peugeot. Der Betriebsratschef erklärt, dass er die ArbeiterInnen nicht länger unter Kontrolle halten könne, wenn nicht bald eine Lösung gefunden werde.

Auch ausserhalb von Frankreich werden die Kämpfe härter, z.B. in China. Dort sollte das staatliche Stahlunternehmen Tonghua in der gleichnamigen Stadt in der Nähe der nordkoreanischen Grenze durch den privaten Konzern Jianlong übernommen werden. Der neue Boss Chen Guojun hat die Entlassung von 30 000 ArbeiterInnen in Aussicht gestellt. Die bedrohten Be-



Arbeitskampf in China.

schäftigten setzen sich militant auf der Strasse und im Betrieb zur Wehr. Bei den Auseinandersetzungen mit der Polizei werden über 100 ArbeiterInnen zum Teil schwer verletzt. Als sie Chen zu Gesicht bekommen, gibt es kein Halten mehr, er wird zu Tode geprügelt. Die Übernahme und die Entlassungsankündigung werden zurückgenommen.

Neue Aneignung von Kampftraditionen

Bei allen Beispielen zeigt sich, dass sich die meist vom Rausschmiss bedrohten Beschäftigten zunehmend radikalisieren und sich militanterer Aktionsformen bedienen. Betriebsbesetzungen, Blockaden, Sprengdrohungen und die Taktik des «Manager Kidnappings» werden in Frankreich seit Anfang 2009 immer häufiger angewendet.

Das «Bossnapping», wie die Geiselnahme des Firmenchefs auch genannt wird, ist in der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, vor allem in Frankreich, keineswegs neu. Bereits in den 70er Jahren gab es einige solche Aktionen, die dann aber von einer ganzen Generation «vergessen» worden zu sein schienen. Die Diskussion und die Organisation gemeinsamer Kampfmethoden werden nicht über Nacht «erfunden», sondern müssen immer wieder von Neuem angeeignet und weitergegeben werden. Erst die heutige kapitalistische Krise und die damit verbundenen verschärften Verhältnisse in vie-

len Betrieben, bereits vor angekündigten Entlassungen und Betriebsschliessungen, führen zum Erinnern an erfolgreiche Kampfmethoden. Hervorzuheben ist auch, wie schnell sich diese militanten Formen wie ein Lauffeuer in den betroffenen Betrieben herumgesprochen haben und in die Tat umgesetzt wurden. Es scheint eine richtige Antwort auf die mit der Krise verbundenen Fragen gefunden worden zu sein. Statt sich in langwierigen Verhandlungen zu verstricken, konnten die Beschäftigten schlagartig das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten wenden und eine klare Klassenlinie ziehen.

Wie weiter?

Dies führt davon weg, die Firmenleitung, wie auch hierzulande meist üblich, erst um Kurzarbeit oder Ähnliches zu bitten. Nicht umsonst sind die Gewerkschaftsführungen tief besorgt über diese Entwicklung, befürchten sie doch die Kontrolle in den Betrieben zu verlieren. Allerdings darf über diesen spektakulären und erfolgreichen Aktionen aber nicht vergessen werden, dass es sich fast immer um Abwehrkämpfe gehandelt hat. Die Forderungen sind vorerst in Zeiten des kapitalistischen Angriffs mehr pragmatisch als revolutionär. Es ist aber zu hoffen, dass auch die revolutionären, sozialistischen Inhalte und Ziele der ArbeiterInnenbewegung aus der «Vergessenheit» geholt werden.

«Freiwillige» Lohndrückerei

RIETER Rieter schiebt die Krise als Grund vor, weitere Angriffe auf die ArbeiterInnen zu starten: Auf Entlassungen und Kurzarbeit zur «Rettung» von Arbeitsplätzen folgen weitere Entlassungen und die Forderung nach einem «freiwilligen» Lohnverzicht.

(agw) Rollen wir die ganze Geschichte noch einmal auf: Im November 2008 liessen die Rieter-Bosse verlauten, dass für den Standort Winterthur Kurzarbeit nicht ausgeschlossen werden könne. Doch bereits vor dieser Ankündigung hatte der Winterthurer Autozulieferer und Textilmaschinenbauer beim Seco im Sinne seiner zukünftigen Interessen einen Antrag auf Verlängerung der Kurzarbeit von 12 Monaten auf 18 Monate pro zwei Jahre gestellt. Kurz darauf sprach die Rieter-Geschäftsleitung etappenweise die Entlassung von weltweit 4000 ArbeiterInnen aus, davon gut 250 am Standort Winterthur, und führte in der Schweiz flächendeckend in allen Werken Kurzarbeit ein. Und nun sollen weltweit weitere 1500 ArbeiterInnen entlassen werden, 15 Prozent davon am Hauptsitz in Winterthur. Rieter-Sprecher Stoller dazu: «Wir waren in der Vergangenheit immer zu optimistisch.» Wir sagen aber, sie waren nicht einfach zu optimistisch, sondern dies alles ist kaltes Kalkül.

Erstes Interesse in der Rieter Chefetage ist, die Belegschaft ruhig und gefügig bei der Stange zu halten. Der Aderlass erfolgt langsam aber kontinuierlich.

Schwarzes Dossier statt schwarze Liste

Natürlich sei man bei Rieter nicht glücklich über die Schritte, alles geschehe nur für das Wohl des grossen Ganzen. Mit der bequemen Begründung, möglichst viele von den übrigen Stellen retten zu wollen, kommen die Blutsauger bei vielen Menschen gut durch.

So auch der neueste Streich der Rieter-Bosse: Anfang August wurde bekannt, dass die Rieter von denjenigen Beschäftigten, die noch nicht von Kurzarbeit betroffen sind, während eines halben Jahres einen «freiwilligen» Lohnverzicht von 10 Prozent des Monatslohnes fordert.

Nach dem Verständnis der Rieter-Bosse ist dies als «freiwillig» zu bezeichnen, weil die Betroffenen diese Forderung ohne Begründung ablehnen könnten und nicht auf eine Schwarze Liste gesetzt würden. Ihre Entscheidung werde aber im Personaldossier vermerkt, in das die direkten Vorgesetzten Einblick haben.

Kein Wunder also, dass die meisten ArbeiterInnen auf diese Lohnkürzung eingestiegen sind. Die Angst ist



Arbeiter bei Rieter: Vom Regen in die Traufe?

gross, negativ vermerkt zu sein und deshalb als unsolidarischeR AngestellteR bei der nächsten Entlassungsrunde abgedient zu werden. Die Drohung hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Auch dieses Kapitel des Klassenkampfes von oben ist ruhig über die Bühne gegangen. Widerstand regte sich kaum.

Wut und Frust

«Mich wehren? Wogegen denn? Eine internationale Krise? Selbst wenn ich es wollte, was sollte ich tun? Mit einem Plakat «Ich will meinen Job zurück» und klein geschrieben «Auch wenn kein Geld für meinen Lohn da ist» vor dem Werkstor hin und her gehen? Nein, ich denke nicht!» Diese Aussage machte ein 25 Jahre alter Arbeiter, der in einem Werk im Umkreis Winterthur tätig war, in einem Interview mit uns. Zuletzt war er in Kurzarbeit, dann wurde ihm gekündigt. Er widerspiegelt exemplarisch drei Aspekte, die man bei den Rieter Angestellten beobachten kann. Erstens eine Verbundenheit mit dem Betrieb, ein Verständnis für sein Handeln, zweitens eine tiefe Unzufriedenheit und Wut über das individuelle Schicksal und drittens aber auch eine Verlorenheit, beansprucht darüber, was

man tun könnte und das Gefühl, alleine gelassen zu werden.

Lohnverzicht als neues Mittel zur Lohnsenkung machte rasch Schule: Kurz nach der Bekanntmachung dieser Lohnkürzungen bei Rieter kündigte Alu Menziken an, dieses Modell für alle Angestellte zu übernehmen. Ein Modell, das längerfristig für die ArbeiterInnen, die nach der Lohnsenkung dennoch entlassen werden, besonders einschneidend ist: Gemäss der Arbeitslosenverordnung ist der Durchschnittslohn der letzten sechs Monate vor der Entlassung für die Arbeitslosenentschädigung massgebend. Wer sechs Monate lang nur 90 Prozent seines üblichen Einkommens erhalten hat, kriegt von der Arbeitslosenkasse dann noch 60 bis 70 Prozent des ursprünglichen Lohns.

Eine Arbeitsplatzgarantie für ArbeiterInnen, welche die Lohnkürzung hinnehmen, schliessen aber sowohl die Rieter als auch Alu Menziken aus. Entsprechend der Nutzlosigkeit der Kurzarbeit als Stellenretterin (siehe aufbau 57) wird auch dieser Angriff für die ArbeiterInnen schlecht ausgehen, solange die Perspektivenlosigkeit nicht durch eine kämpferische Orientierung durchbrochen wird.

Kalter Krieg reloaded

GESCHICHTE Um Mitternacht des 3. Oktobers 1990 endete die DDR. Sie sollte weder als despotische SED-Diktatur diffamiert noch als ArbeiterInnen-Paradies verklärt werden.

(az) Es lässt sich nicht schönreden: Viele staatliche Handlungen der DDR muss man einfach ablehnen. Besonders in ihren letzten Jahren hat die SED an den Menschen vorbei – und oft genug gegen sie – regiert. Allerdings sollte die kritische Betrachtung aus einem solidarischen Standpunkt erfolgen, denn die DDR beabsichtigte wirklich das Wohlergehen der BürgerInnen zu sichern und das war nicht ohne Entbehrungen erreichbar. Schon die Ausgangslage sprach gegen sie: Als die Sowjetunion 1945 Berlin befreite, hatte sie nicht vor, ein sozialistisches Deutschland aufzubauen. Stalin wollte nie wieder Krieg gegen die Sowjetunion! Um diesen zu verhindern, sah er für Deutschland die Funktion der neutralen Pufferzone zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Staaten vor, in welchem die Kriegsursache (das Monopolkapital) zu entmachten war. Als die UdSSR erkennen musste, dass der Westen dieses Konzept niemals akzeptieren würde, hiess es plötzlich eine eigenständige Ostzone aufbauen. Die stand aber vor dem Nichts. Während die BRD Empfängerin grosszügiger Wirtschaftshilfe war, beglich die DDR 98% der deutschen Kriegsschulden. Der Osten machte auch ernst mit Entnazifizierung, Nazi-Funktionsträger wurden verurteilt. Die DDR stellte damit richtigerweise das politisch Notwendige über das wirtschaftlich Nützliche, doch die vielen Verurteilten fehlten als Fachkräfte.

Auferstanden aus Ruinen

In einem unglaublichen Kraftakt wurde als erstes ein Schul- und Ausbildungswesen aus dem Boden gestampft. Kein Wunder, dass der Westen blühte und die DDR kämpfte, kein Wunder, dass sich die bestens aus-

gebildeten OstbürgerInnen in den Westen absetzten, wo sie hochbegehrte und gut bezahlte Fachkräfte waren, kein Wunder, schloss die DDR 1961 die Grenze, um diese Abwanderung, die sie in den Kollaps trieb, zu verhindern. Der Mauerbau war eine autoritäre Lösung seitens der Warschauer-Vertragsorganisationen, jedoch war er nicht unbegründet. Erst danach errichtete die BRD Gesamtschulen und andere Bildungsanstalten, vorher hatte sie sich der Zuwanderung aus dem Osten bedient, was für sie in jeder Hinsicht vorteilhaft war: Sie verfügte gratis über die notwendige Fachkraft und schädigte gleichzeitig den Gegner maximal, nicht nur ökonomisch, sondern auch propagandistisch: Die Abwanderung bewies bildhaft, dass die DDR-BürgerInnen die BRD bevorzugten.

Verschiedene kommunistische AutorInnen loben rückblickend das «Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft» von 1963. Die Wirtschaft sollte dynamisiert und die Produktivität gesteigert werden, indem Gewinne erzielt werden konnten. Die sollten für die Belegschaft ein Anreiz sein, ein möglichst gutes Resultat zu erzielen. Breschnew, seit 1964 Generalsekretär der KPdSU, stand diesem Versuch skeptisch gegenüber. Tatsächlich beschritt die SED unter Walter Ulbricht in der stärker industrialisierten DDR einen Sonderweg, sie beanspruchte für sich auch eine abweichende Definition von Sozialismus als relativ eigenständige Formation und weniger als Übergangsphase.

Bananen statt Mitbestimmung

Die Reformen wurden von der KPdSU gestoppt, Ulbricht 1971 durch Erich Honecker ersetzt. Erst Mitte der 70er Jahre erfolgte die internationale Anerkennung der DDR, gleichzeitig mit diesem politischen Sieg begann aber die ökonomische Abhängigkeit vom Westen, die zur unzumutbaren Politik der untergehenden DDR führte. Die SED machte die Erhöhung des Lebensstan-



Chruschtschow, Ulbricht und Grotewohl am Vereinigungsparteitag

dards zum obersten Ziel, hatte aber keine Mittel dafür. Sie wagte deshalb eine Teilintegration in den kapitalistischen Weltmarkt und nahm in der Folge immer mehr Kredite auf, geriet so zunehmend in Sachzwänge, die sie jeweils im Alleingang behandelte. Worin das endete ist bekannt.

Die DDR erreichte trotz immenser Hindernisse sehr viel, von dem wir träumen, z.B. hatten die ArbeiterInnen viel mehr Zeit für sich zur Verfügung, (dazu «Die selektive Wahrnehmung der Sieger»). Die SED, zwischen ökonomischen Sachzwängen und Direktiven der KPdSU gefangen, wurde aber zu einem abgekoppelten System, das über die Köpfe hinweg regierte. Es gelang ihr immer weniger, der mächtigen Westpropaganda entgegenzutreten und zu vermitteln, dass Mitbestimmung im Betrieb wichtiger ist, als Bananen im Angebot. Doch den Kampf um den Kopf muss ein System, das sich sozialistisch nennt, gewinnen, um längerfristig als solches überleben zu können.

Lesetipp: Georg Fülberth: Finis Germaniae: Deutsche Geschichte seit 1945, PapyRossa, Köln 2007.

Wessen Eigentum ist Volkseigentum?

TREUHANDANSTALT Die allermeisten DDR-BürgerInnen waren 1989 wohl nicht auf die Bösartigkeit des kapitalistischen Systems vorbereitet, zwei Jahre später hatten sie dieses kennen gelernt.

(az) Die DDR-Regierung unter Modrow schuf 1990 die Treuhandanstalt (THA) mit dem Auftrag, das Volkseigentum zu schützen. Die Sorge war berechtigt, der Anschluss bereits absehbar und in der BRD-Verfassung kein derartiger kollektiver Besitz vorgesehen. Für die DDR stand ausser Frage, dass die geschätzten 650 Milliarden Mark Industrievermögen mangels kollektiver Alternative einzeln in Anteilsscheinen auf die BürgerInnen der DDR übertragen werden sollten. Am 1. Juli 1990, drei Monate vor der «Wiedervereinigung» wurden der THA etwa 8500 Betriebe unterstellt, in denen mehr als 4 Millionen Menschen arbeiteten. Die THA übernahm ferner Grund und Boden (2,4 Mio Hektaren land- und forstwirtschaftliche Flächen, die Liegenschaften der Nationalen Volksarmee, umfangreichen Wohnungsbesitz) sowie die Vermögen des Ministeriums für Staatssicherheit, der Apotheken und der Parteien und Massenorganisationen.

Westmanager auf Safari

Die Kohl-Regierung rüstete die Treuhandanstalt noch vor der «Wiedervereinigung» in eine aggressive Enteignungsmaschine um, indem sie die Besetzung der THA durch den Hösch-Manager Detlev Karsten Rohwedder als Vorstandsvorsitzenden und Reiner Maria Gohlke als Präsident erzwang. Letzterer erwies sich als Fehler. Gohlke wurde unmittelbar zum Rücktritt ge-



Die richtige Frage als es bereits zu spät war. Demonstration in Ostberlin anfangs der 90er Jahre.

nötigt. Er vertrat ernsthaft die Meinung, von wenigen Betrieben abgesehen, sei die DDR-Wirtschaft gut aufgestellt und wertvoll. Er suchte den Konsens mit den ÖkonomInnen der DDR und lobte Ingenieure und TechnikerInnen. Solches durfte nicht sein, denn um das Volkseigentum nach Gutdünken zu enteignen, musste es vorgängig schlechtgeredet und abgewertet werden. Der effizienteste Schritt in diese Richtung war die Währungsunion, die Kohl deshalb sofort durchdrückte. Ganz zuwider den Bitten der DDR, die eine vorsichtige Annäherung in Etappen forderte, im Speziellen

die Währungsunion als letzten Schritt in diesem Prozess vorsah. Kohl verhöhnnte Modrow über die Springer-Medien lauthals. «Wohlstand statt Sozialismus» war seine Wahlkampfparole und er meinte damit die D-Mark. Der 1:1 Wechselkurs bedeutete eine schlagartige Aufwertung der Ostmark um 400-500%. Diese Schocktherapie war nicht zu überstehen, ganz unabhängig vom Zustand der Wirtschaft. Und so hiess es schnell: Es gibt gar kein Volksvermögen, nur Schulden! Sowohl die Anteilsscheine für DDR-BürgerInnen als auch deren Mitbestimmung waren damit von der Traktandenliste gestrichen – was nicht in der Entscheidungskompetenz der THA lag, von den Herrschenden aber dankend hingenommen wurde. Die THA hatte den Freipass. Öffentlich wurde behauptet, es werde privatisiert, um kostendeckende Erlöse zu erzielen. Die Erlöse aus Privatisierungen betragen bis Ende 1994 rund 60 Mrd. DM. Die Filetstücke waren verschleudert worden. Dem Erlös standen Ausgaben von weit über 300 Mrd. DM gegenüber.

Nach Gohlkes Rücktritt übernahm Rohwedder das Präsidium. Er wurde am 1. April 1991 von der RAF erschossen. Nicht nur in Ostberlin herrschte an diesem Tag mehr als klammheimliche Freude.

Die grosse Produktivitätslüge

ENTEIGNUNG Die Treuhandanstalt lieferte mit der Abwicklung des VEB Kalikombinats «Thomas Müntzer» ein Kabinettstück von erheblicher krimineller Energie. Eines unter vielen.

(az) Im Sommer 1993 besetzten die ostdeutschen Minenarbeiter des ehemaligen Volkseigenen-Betriebs-Kalikombinat-Werk-«Thomas Müntzer» den Betrieb und traten in den Hungerstreik um ihre Arbeitsplätze zu erhalten. Die Vernunft und die internationale Solidarität waren auf ihrer Seite. Schliesslich lieferte die Grube in Bischofferode das auf dem Markt sehr begehrte Mineral Kali in höchster Qualität und grossen Mengen, weshalb kein rationaler Grund für die Schliessung sprach. Trotzdem wurde sie am 1. Januar 1994 geschlossen.

Inzwischen ist klar: Die Abwicklung der Ostbetriebe erfolgte nach der ursprünglichen Logik des Kapitalismus, die wenig mit Vernunft zu tun hat. Vielmehr bleibt sie bis heute ein Schaustück für die Macht des Monopolkapitals. Mit der eigens eingerichtete Treuhandanstalt (THA, siehe oben), sicherten sich die westdeutschen KapitalistInnen fast unbegrenzten Zugriff auf die Staatskasse und eigneten sich nebenbei die ehemalige DDR an. Das Proletariat in Ost und West hingegen zahlte die Zeche, was nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch im Sinne einer Klassenspaltung effektiv war. Ost- wie Westdeutsche fühlten sich betrogen und beide mit gutem Grund. Die ehemaligen DDR-BürgerInnen, die Industrie und Infrastruktur aufgebaut hatten, wurden nicht nur enteignet und arbeitslos, sie wurden zusätzlich auch diskreditiert und für untauglich erklärt. Parallel zu einem medialen Dauerbeschuss über Misswirtschaft und unzureichende Produktivität wurden die gesellschaftlichen Steuerungsgremien durch westdeutsches Personal ersetzt: es kam zu einem fast vollständigen «Elitenaustausch» in Politik, Verwaltung, Justiz, Wirtschaft und Wissenschaft. Im Westen erklang indessen der Schlachtruf, der Gürtel sei enger zu schnallen, da die «Wiedervereinigung» die Staatskasse in den Bankrott treibe. Nach einem kurzen «Wiedervereinigungs-Sonderaufschwung» von 1990 bis 1992 brach auch über den Westen die bisher tiefste Rezession herein. Privatisierung und Entindustrialisierung wurden in der Folge auf dem ganzen Gebiet des neuen Grossdeutschland vorangetrieben.

Sondermüll statt Arbeitsplätze

Im Strudel bürgerlicher Desinformation über DDR-Misswirtschaft war es schwierig, die wahren Ursachen des Kostenbergs zu erkennen, weshalb im Westen die Klagen und die Schuldzuweisungen an die ehemalige DDR und deren BürgerInnen einsetzten. In vielen Fällen waren die Ostbetriebe dem Kapitalismus tatsächlich



Die Kumpel wehrten sich für die Kalimine, die ehemals auch die ihre war

nicht gewachsen – dafür waren sie ja auch nicht vorgesehen. Allerdings war das ganz klar nicht der Fall beim Kaliwerk «Thomas Müntzer». Aber die emsige Propaganda griff auch hier. Voller Häme wurde über den Teilerfolg des Streiks berichtet, in Bischofferode herrsche ein für Ostdeutschland ungewöhnlicher Wohlstand, die Kalikumpel hätten sich auf Kosten der Gesellschaft bereichert, sich zunächst zwei Jahre lang zu vollem Lohn aushalten lassen und danach auch noch eine Rente gesichert.

Tatsächlich hatte die Staatskasse die Rechnung zu begleichen, jedoch entsprach das Verstaatlichen der Kosten jederzeit der Absicht der West-Manager der THA. Die Grube hätte keine Probleme gehabt, wäre sie der BASF nicht unlieb gewesen. Das Werk in Bischofferode förderte 12% des weltweiten Kalibedarfs, es hatte die nachteilige Währungsumstellung schadlos überstanden und befand sich auf Expansionskurs. Als sich zeigte, dass geschlossen werden sollte, fand sich problemlos ein Unternehmer, der in Absprache mit den Arbeitern die Grube übernehmen wollte. Erfolglos, er wurde öffentlich erniedrigt und als nicht kreditwürdig abgekanzelt. Das hatte System: Die angeschlagene, westdeutsche BASF wollte sich über die THA gesund stossen, bei gleichzeitiger Ausschaltung der Konkurrenz! Dabei konnten die daraus entstehenden sozialen Kosten praktischerweise ebenfalls aus dem Wiedervereinigungsfonds bezahlt werden. Zusätzlich lukrativ war, dass aus dem Grund und Boden schneller Gewinn zu ziehen war.

Die ebenfalls in der THA vertretene Atomlobby entschied umgehend für die Endlagerung von 440'000 Eisenbahnwaggons voll giftigem Sondermüll, verseuchtem Erdreich und schwermetallhaltigem Abfall in den Minen, womit diese unumkehrbar aus dem Verkehr gezogen waren.

Abgewickelt, geplündert und geschlossen

Die Falle war schnell zugeschnappt. Nur zwei Monate nach dem Anschluss sass im von der THA zusammengerufenen Vorstand vier Westmanager: Einer

davon ein BASF-Mann, einer aus der Atomlobby. Die behaupteten ohne Gegenwehr aus dem mit «Nuklear-extremisten» besetzten Aufsichtsrat, das Unternehmen sei ein katastrophales Verlustgeschäft. Diese Aussage war somit «wahr». Es kam zu einem komplizierten Fusionsvertrag zwischen der Thomas-Müntzer-Grube und der defizitären BASF-Tochter Kali+Salz und damit zur Gründung der neuen «Mitteldeutschen Kali+Salz GmbH». Der Inhalt dieses Dokuments ist ein Staatsgeheimnis und wurde auch Gregor Gysi, dem damaligen Vertrauensanwalt der Kumpel, nicht zur Einsicht vorgelegt. Das Resultat ist indessen vielsagend: Im Falle von Verlusten sollte die Kali+Salz zu 51% haften und die THA zu 49%, theoretisch. Faktisch hatte die THA zu haften, womit die BASF für die nächsten paar Jahre auf allen Ebenen ausgesorgt hatte.

Für das Wirken der THA ist die nicht-mehr-volkseigene Grube in Bischofferode nur ein Beispiel unter vielen, allerdings ein besonders eindeutiges. Bis zuletzt stand am Eingang der Grube ein Satz des 1525 hingerrichteten Revolutionärs aus den Bauernkriegen, Thomas Müntzer: «Die herren machen das selber, dass ihnen der arme mann feind wird».

1 Der Tathergang im Detail in: Otto Köhler. Die grosse Enteignung: Wie die Treuhand eine Volkswirtschaft liquidierte. Knauer, München 1994.



In die Zukunft blicken und vorwärts diskutieren? Die Geschichte der DDR gibt heute uns Anlass, über Perspektiven zu reden.

Die selektive Wahrnehmung der Sieger

GESCHICHTSSCHREIBUNG KommunistInnen und SozialistInnen sollten sich um einen anderen Blickwinkel auf die DDR bemühen, als es von der BRD-Siegergeschichte verordnet wird. Dafür bietet sich zuvorderst die ideologische Abwicklung der DDR an und als Positivbeispiel ihre Sozialpolitik.

(rabs) Dass Erinnerungspolitik ein hochgradig ideologisch untermauertes Kampffeld ist, bezeugt seit 20 Jahren die deutsche Geschichtsschreibung – deklariert als «DDR-Aufarbeitung». Jährlich mit Millionenbeträgen staatlich befeuert, verbreiten konservative Zeithistoriker ihre These der Gleichsetzung von Rot und Braun. Die traditionelle Totalitarismustheorie, die Nationalsozialismus und Sozialismus gleichstellt, kommt in geringfügig veränderter Form wieder: Als «vergleichende Diktaturforschung», die auf dem rechten Auge eine Scheuklappe und auf dem linken eine Vergrößerungslinse trägt. Die Botschaft, die jahraus, jahrein heraustrompetet wurde, besagt zusammengefasst, dass die Sicht auf «kommunistische Herrschaft» von der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit überschattet werde, wobei die DDR als «zweite deutsche Diktatur» und als «das Böse» schlechthin mindestens so aufgearbeitet werden müsse. Würde diese These hingegen ernst genommen, dürften die 3000 Angestellten der Gauck-Behörde¹ ihre Arbeit gar nicht erst aufgenommen haben. Die Zentralstelle für NS-Verbrechen in Ludwigsburg hatte in ihrer besten Zeit jedenfalls mit wenigen Dutzend Angestellten auszukommen. Demgemäss fällt die Aburteilung der DDR bei weitem entschiedener aus, als es für das zwischen 1933 und 1945 begangene Unrecht gilt; was bereits 2003 auf einer Tagung der politischen unverdächtigen Friedrich-Ebert-Stiftung festgestellt worden ist. Für die beliebig verlängerbare Liste erstaunlich unterschiedlicher Bewertungen sei beispielhaft erwähnt: Die DDR-Justiz wurde nach 1990 weitgehend ausgetauscht, wohingegen nach 1945 in der Westzone NS-Juristen Recht sprachen, die für tausende Todesurteile verantwortlich waren. Vergeblich sucht man auch das Wort vom «Unrechtsstaat» oder eine Entsprechung in Bezug auf den NS-Staat mit seinen Millionen Toten, den Konzentrationslagern und Vernichtungsprogrammen für Juden und Jüdinnen und andere «Untermenschen». Lieber gibt sich die BRD ihre Ladung Siegeregeschichte. Vielleicht lassen sich die Arbeitslosen, die Hartz-IV-Verarmten und Gehetzten damit zufriedenstellen, dass sie immerhin auf der richtigen Seite der Geschichte stehen. (Nebenbei - als wäre der Sozialismus nicht gerade die Grundlage des ehemaligen BRD-Sozialstaates gewesen, der sich ohne Systemkonkurrenz bekanntlich moral- und gewissenlos demontieren liess).

Sozialstaat DDR

Der offizielle Tunnelblick auf die Repressalien der DDR-Obrigkeit, insbesondere der Stasi, soll hier nicht weiter kommentiert werden. Für eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Scheitern der SED-Führung und ihrer politischen Repressionen kann glücklicherweise auf genügend linke Beiträge verwiesen werden, die die historische Konstellation – Besatzungssituation durch die Anti-Hitler-Koalition, Kalter Krieg etc. – einbeziehen². Diese haben die Defizite der DDR – wie den Mangel an Demokratie oder die ökonomischen

Einschränkungen – herausgearbeitet, ohne die fortschrittlichen Elemente der DDR-Gesellschaft aus dem Auge zu verlieren. Es sind dies Elemente, die angesichts ungehemmten kapitalistischen Elends im Osten Deutschlands zunehmend vermisst werden und in der Tat im Gegensatz zum offiziellen DDR-Bild stehen. So war die DDR eine Gesellschaft, in der Schlüsselindustrien sozialisiert, der Grossgrundbesitz aufgelöst und die Banken enteignet waren. Für das alltägliche Leben war eine stark ausgebaute Sozialpolitik kennzeichnend. Dieser galt der Sozialstaat nicht als Sicherungssystem für soziale Notlagen, sondern als umfassender Versuch, soziale Gerechtigkeit, Sicherheit und Gleichheit durchzusetzen. Soziale Rechte waren konkret in der Verfassung benannt, angefangen beim Recht auf Arbeit, das die Grundlage weitgehender Vollbeschäftigung war. Damit eng verbunden ist die Gleichberechtigung von Frauen zu sehen, galt die Vollbeschäftigung doch nicht nur für Männer. Das Kinderbetreuungssystem der DDR machte die hohe Erwerbsquote möglich: 1988 betrug der Frauenanteil aller Beschäftigten 48,9%, der Betreuungsgrad in Kinderkrippen 79,9%. Die Betriebe waren für die sozialen Belange der Belegschaften zuständig – einschliesslich der Integration von Straffälligen, Suchtkranken, Behinderten u.a. Das bürgerliche Bildungsmonopol wurde gebrochen und ermöglichte Kindern aus Arbeiter- und Bauernfamilien einen bevorzugten Zugang zu weiterführenden Schulen, wo sie von Beginn an in einem bei weitem deutlicher entnazifizierten Umfeld als im Westen unterrichtet wurden. An den Universitäten wurden «Gesellschaftswissenschaftliche Fakultäten» und «Arbeiter- und Bauernfakultäten» eingerichtet, wo das Studium ohne Abitur möglich war. Weitere Kernpunkte der DDR-Sozialpolitik waren eine weitgehend kostenlose Gesundheitsvorsorge sowie eine Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen zu äusserst geringen Mieten (0,80 – 1,20 Mark der DDR/qm).

Blick nach vorn

Dass dieser Sozialstaat kostete, wurde von seinen Liquidierern gerne u.a. als Begründung für das Ende der DDR gebraucht. Es ist dies ein Argument, das sich ausserdem auch nutzen liess, um dem westlichen Proletariat Begehrlichkeiten auszutreiben: Als mahndendes Beispiel für den Schaden, der jenen widerfährt, die über ihre Verhältnisse leben und die es sich erlauben, das Bürgertum in Sachen «Moral für die Unterschicht» von jeglicher Erziehungsaufgabe zu dispensieren. Solcher und ähnlicher Argumentation ist heute entgegenzuhalten, dass der Zusammenbruch der DDR glücklicherweise aber nicht zuletzt auch zeigt, dass gesellschaftliche Strukturen nicht in Blei gegossen sind – auch im Hinblick auf die Zukunft nicht. Dafür lohnt es sich, nicht zu vergessen, wie im «Unrechtsstaat DDR» einst dem die Nazis unterstützenden Grosskapital der Boden unter den Füßen weggezogen worden war.

¹ Die Gauck- oder Birtlerbehörde untersucht die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR (auch «Bundesauftragte für Stasi-Unterlagen»).

² So beschäftigt sich etwa Heft 3 (2009) der Marxistischen Blätter mit der DDR und bemüht sich um einen Blick, der nicht verklärt, sondern Positives und Negatives gleichermaßen beleuchtet.

KOMMENTAR

Kapitel DDR

Seit es sie nicht mehr gibt, hat sich der Blick auf die realsozialistischen Länder geändert. Würden wir im Jahr 1960 oder 70 leben, wären wir vermutlich besorgt über Spitzeleien und Denunziationen, die man sich von der DDR erzählt. Heute sehen wir uns mit einem elektronischen Überwachungsstaat konfrontiert, der das Ausmass der einstigen Staatsschutzaktivität übertrifft und keineswegs darauf beschränkt bleibt; die Schnüffelei ist von Lidl bis Deutsche Bahn auch in der Privatwirtschaft beliebt. Repression und Duckmäsertum ist in den gepriesenen westlichen Demokratien am Arbeitsplatz und noch verschärft für sozial Schwache und Ausgegrenzte Alltag. Als neuer Vorwand für einen grenzenlosen Imperialismus gelten Terrorismus & Co.

Damit soll nun nicht die DDR reingewaschen werden; Versuche haben es so an sich, dass sie fehleranfällig sind, zumal unter stalinistischer Hypothek. Jedoch ist zu bedenken, dass der sozialistische deutsche Staat im Gegensatz zum heutigen Kapitalismus tatsächliche Feinde hatte, mit denen nicht zu spassen war. So führte die Bonner Regierung ein Ministerium zur Ausschaltung der DDR und auf offiziellen Karten galt der Osten Deutschlands als «verwaltetes Gebiet» der Bundesrepublik, von den Methoden des von den USA ausgerufenen Kalten Krieges ganz zu schweigen. Aus historischen, geographischen und anderen Gründen hatte die DDR es schwer, mit den Konsummöglichkeiten des westdeutschen, US-angekurbelten Wirtschaftswunders mitzuhalten. Dennoch konnte sie eine umfangreiche Sozialpolitik betreiben, kostenlose Bildung, Gesundheit, grundlegende Lebensmittel, Wohnungen und Kultur sehr billig und für alle zugänglich halten.

War sie also das ultimativ Böse, als das sie heute dargestellt wird? Müssten nicht jedem betrauten Mauertoten auch all die Toten zur Seite gestellt werden, die auf das Konto von deutschem Kriegsmaterial und seit neuestem der Bundeswehr gehen? Müsste «die Mauer» nicht im Lichte der vielen neuen, zeitgenössischen Mauern gesehen werden? Der Zaun an der Grenze zu Mexiko, der für tausende MigrantInnen den Tod bedeutet; die Mauer, die Palästina in ein Ghetto verwandelt; die Mauer, die Europa mit Gesetzesverschärfungen, Patrouillen und Internierungslagern um sich zieht.

Muss nicht gefragt werden, ob die Kübel voller Häme, die Rede von der Diktatur und dem Gefängnis vielleicht andere Ursachen haben? Denn haben die westlichen Demokratien nicht zur Genüge unter Beweis gestellt, dass eine (rechte) Diktatur von Chile bis Südafrika mehr oder weniger noch keine Verletzung der Menschenrechte darstellt? Natürlich ist dies das übliche, wenig erstaunliche machtpolitische Mass mit unterschiedlichen Ellen. Dennoch zeigt es auf, dass das eigentliche Verbrechen der DDR wohl eher darin lag, dem Kapital die Tore geschlossen zu haben. Und scheinbar ist das ein Versuch, der dem Bürgertum auch dann noch auf den Magen schlägt, wenn er gescheitert ist. Zumal die Befürchtung nicht ganz so abseitig ist, dass die Menschen die Nase voll haben von der Farce vor der eigenen Türe und daran denken könnten, den Versuch einer Gesellschaft ohne Ausbeutung zu wiederholen. (rabs)

Banken verstaatlichen? Eine Augenwischerei

REAKTIONÄR Die Forderung nach Verstaatlichung der Banken dient einzig der Rettung der kapitalistischen Ordnung. Sie ist, bei näherem Hinsehen, nur reaktionär. Der Kampf gegen Privatisierung kann hingegen sehr wohl richtig sein.

(az) Als das Finanzsystem einstürzte und die kapitalistische Produktionsweise mit in den Abgrund zu reisen drohte, widerhallten die Hilferufe der Banken, Versicherungs- und Autokonzerne über den ganzen Erdball. Wer anders als der Staat konnte da noch weiter helfen, wo der so genannte freie Markt die Renditen und Vermögenswerte fast vollends vernichtet hatte, keine Mittel mehr vorhanden waren, um den Erhalt des Geldkreislaufs auch nur ansatzweise zu sichern und keine Bank mehr der anderen traute? Der Staat verfügt über Druckerpressen, um Papiergeld zu drucken, sich also in Milliardenhöhe zu verschulden, und so konnte der Geldkreislauf zumindest vorübergehend aufrecht erhalten werden.

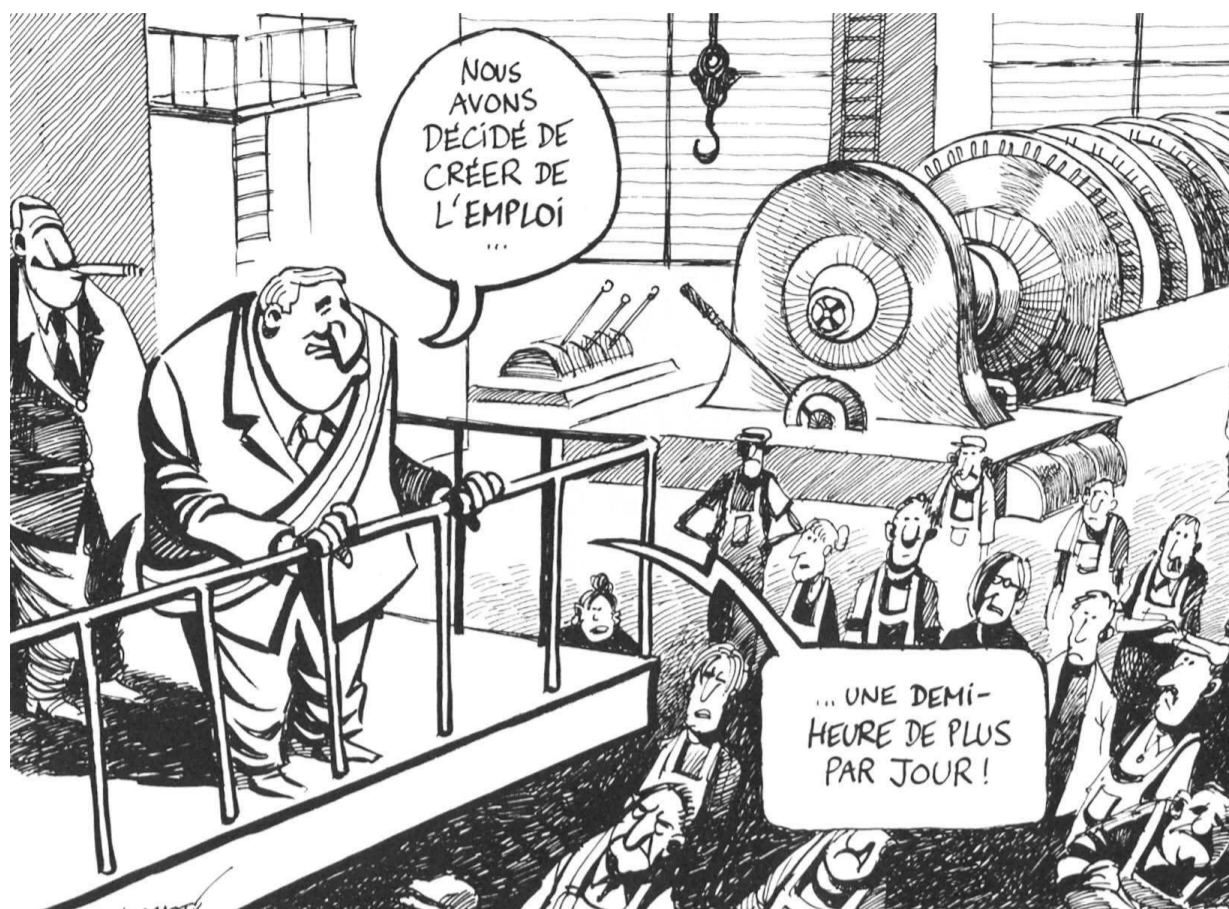
Konsequent

Der Ruf nach dem Staat von denen, welche bis vor kurzem nicht müde wurden, diesen verbal zu verschmähen, war und ist durchaus konsequent. Das Hilfspaket in Form von Steuermilliarden kommt den Aktionären und der Shareholder Value zu gut und hält das System zumindest für eine gewisse Zeit weiter am Leben. Die Regierungen der Industrienationen kommen ihrerseits ihrem Ruf, Handlanger der verschiedenen kapitalistischen Fraktionen zu sein, mehr als gerecht. Allein in der Schweiz hat der Bundesrat in einer Nacht- und Nebel Aktion per Notrecht einer einzigen Bank, der UBS, über satte 66 Milliarden Schweizerfranken nachgeworfen, mit dem Hinweis, eine Pleite dieser Bank würde die ganze Schweiz in den Abgrund treiben. Auch in den anderen europäischen Staaten und in den USA flossen Milliarden in die Banken, Versicherungs- und Autokonzerne.

Die Schulden bezahlen die anderen

Nun kann der Staat tagein und tagaus Geldscheine drucken. Das wirkt sich freilich rasch auf den Staatshaushalt aus – u.a. steigen die Staatsdefizite ins Uferlose und müssen bald einmal mit Sparübungen und Mehreinnahmen ausgeglichen werden. Beides geht auf Kosten der Bevölkerung. Erfahrungsgemäss wird im bürgerlichen Staat zuerst bei den Sozialwerken gespart, und Sparübungen bei den Sozialwerken treffen das Proletariat und nicht die Bonzen. Der Bedarf nach Mehreinnahmen wird meistens über die indirekten Steuern wie beispielsweise die Mehrwertsteuer abgewickelt. Eine Erhöhung trifft die Schlechtverdienenden viel härter als die Gutverdienenden. Die Rechnung wird also von der Bevölkerung beglichen, und das sind mehrheitlich keine Shareholder! Bezahlen müssen also nicht diejenigen, welche die Schosse angerichtet und von ihr nicht zu knapp profitiert haben, sondern die, welche nichts davon hatten und ohne jegliche Einflussmöglichkeit blieben – die Massen.

Da sollte wohl beruhigend wirken, dass ausgerechnet die Ultra-Liberalisierer plötzlich nach Verstaatli-



«Wir schaffen mehr Arbeitsplätze... eine halbe Stunde mehr pro Tag!»

chung riefen. EU-Industriekommissar Günter Verheugen riet, einzelne Bankinstitute zu verstaatlichen und der frühere Chef der Deutschen Bank, Hilmar Kopper, meinte in der ARD Tagesschau vom 8. Oktober 2008, der Staat solle den angeschlagenen Banken keine Garantien geben, sondern sie verstaatlichen, sanieren und dann (wieder) privatisieren. Die Forderung nach Verstaatlichung tönte nett, diente aber einzig der Rettung der kapitalistischen Ordnung.

Eifrig bemüht, die herrschenden Verhältnisse zu retten, sind auch die Sozialdemokraten. In Deutschland forderten sie eine Privatisierung der Banken mit der Begründung, einzig eine Verstaatlichung gebe den Banken ihre Kreditwürdigkeit zurück, und eine solche sichere den SteuerzahlerInnen auch mittelbar Einfluss auf die Geschäftspolitik der Banken, nach dem Motto, «warum Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren».

Wer ist eigentlich der Staat?

Natürlich kommt der Slogan «warum Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren» verlockend daher. Aus dem Munde von Sozialdemokraten ist es freilich kaum mehr als das übliche Geklapper, das zum politischen Geschäft gehört wie das Wetter über die hohen Managerlöhne und Boni, die heute wieder ganz salonfähig sind.

Nun vertritt der Staat keineswegs gleichwertig die Interessen der verschiedenen Klassen. Wenn Bundespräsident Hans-Rudolf Merz nach Libyen reist und dort Muammar Ghaddafi um den Bart streichelt, macht er das zur Hauptsache als Vertreter der hiesigen Kapitalfrakti-

onen, die ein immenses Interesse an den Handelsbeziehungen mit Libyen haben. Der Staat ist der «offizielle Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft» (Karl Marx, MEW 19 S. 221/222), der immer dann eingreifen muss, wenn die Krisen die Unfähigkeit der Bourgeoisie zur Verwaltung der Produktivkräfte aufdecken. Die Forderungen vom EU-Industriekommissar und dem ehemaligen Chef der Deutschen Bank illustrieren dies und zeigen auf, dass die Bourgeoisie in Krisenmomenten sich daran erinnert, dass der Staat ihre Interessen vertritt. Der Staat ist eine «wesentlich kapitalistische Maschine ... , der ideelle Gesamtkapitalist» (Marx, ebenda), der seine StaatsbürgerInnen genauso so ausbeutet wie der Unternehmer. Die ArbeiterInnen bleiben LohnarbeiterInnen, ob sie in einer staatseigenen Fabrik oder in einer privaten arbeiten. Die Forderung nach Verstaatlichung ist somit alles andere als revolutionär.

Die andere Seite der Medaille

Auch wenn die Forderung nach Verstaatlichung in die falsche Richtung weist, der Kampf gegen die Privatisierung kann durchaus richtig sein. Werden staatseigene Betriebe für die Privatisierung vorbereitet bzw. privatisiert, führt dies oft zur Vernichtung von Arbeitsplätzen und zur Erhöhung vom Arbeitsstress. Die versuchte Schliessung des SBB-Cargo-Werks in Bellinzona, die Officine, ist ein Beispiel hierfür (aufbau 55, S. 4). Die Mobilisierung gegen die Schliessung zeigte freilich auch, dass ein Arbeitskampf für den Erhalt der Arbeitsplätze sich lohnen kann. Privatisierungen zu bekämpfen, ist also politisch durchaus wichtig und richtig.

CHRONOLOGIE DER ARBEITSKÄMPFE

England

Am 19. Juni entliess die englische Ölraffinerie Lindsey Oil Refinery, die zu Total Oil gehört, 647 ArbeiterInnen. Dies, nachdem am 11. Juni rund 1200 ArbeiterInnen in den Streik traten, aus Protest gegen die Entlassung von 51 ArbeiterInnen. Total Oil behauptete, der Streik sei illegal organisiert worden von den Gewerkschaften GMB und Unite und weigerte sich, auf Verhandlungen einzugehen. In diesem Sektor kam es in der Vergangenheit wiederholt zu Arbeitskämpfen, zuletzt im Januar diesen Jahres, wo etliche der 51 am 11. Juni entlassenen in Streikkomitees sasssen.

Irak

Im Irak haben ArbeiterInnen eines staatlichen Ölförder-Unternehmens beginnend am 24. Juni einen Arbeitskampf geführt, um gegen das Gewerkschaftsverbot zu protestieren. Nach Gesetzen, die noch von Saddam Hussein stammen, ist es den ArbeiterInnen im Öl-Sektor, der 95% des staatlichen Einkommens ausmacht, nicht erlaubt, sich zu organisieren. Die Geschäftsleitung bezeichnete die Streikenden als Terroristen und Polizei- und Militärkräfte lösten eine Demonstration von Streikenden gewaltsam auf.

Deutschland

Die rund 220 000 Angestellten im Erziehungs- und Sozialbereich haben einen mehrmonatigen Arbeitskampf hinter sich. In dieser Zeit fanden Wochenlange Streiks, an denen sich bis zu 25 000 Leute beteiligten, Massendemonstrationen mit über 10 000 Personen und weitere Aktionen statt. Gekämpft wurde für einen besseren Tarifvertrag mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), wobei Ende Juli eine Einigung zwischen den Gewerkschaften Ver.di und GEW und der VKA erzielt wurde.

Frankreich

ArbeiterInnen des französischen Maschinenbauers JLG führten im Juli einen erfolgreichen Arbeitskampf, sie setzten ihre Forderung nach Entlassungsabfindungen durch, zuerst mit einem dreiwöchigen Streik, anschliessend drohten sie damit, Hebebühnen ihrer Firma im Wert einer Viertelmillion in die Luft zu sprengen. Dies überzeugte die Patrons, die geforderten Abfindungen wurden ausbezahlt.

Beim Autoteilelieferanten New Fabris forderten 366 entlassene ArbeiterInnen, dass sie dieselbe Summe

(rund 30 000 Euro) als Entschädigung ausbezahlt bekommen, wie ArbeiterInnen die früher entlassen worden waren. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen verteilten sie Gasflaschen in ihrer Fabrik und kündigten an, diese in die Luft zu jagen, sollten ihnen die Entschädigungen bis Ende Juli nicht ausbezahlt werden. Auch sie hatten Erfolg mit ihrem Arbeitskampf (siehe Seite 4).

Südkorea

Nachdem Ssangyong Motor, der fünftgrösste Motorenhersteller Südkoreas, rund 17 000 ArbeiterInnen entlassen hatte, besetzten rund 1000 ArbeiterInnen Ende Mai das Werk. Es kam zu heftigen Ausschreitungen, die Polizei hatte zeitweise 3000–4000 Polizisten im Einsatz, hunderte von Securities und Streikbrechern wurden von der Firma privat angeworben. Dutzende Streikende wurden teils schwer verletzt, möglicherweise gab es sogar Tote. Am 7. August, nach 77 Tagen Arbeitskampf war die Fabrikbesetzung aufgelöst, das Ergebnis der Verhandlungen mit der Fabrikleitung äusserst ernüchternd: nur gerade rund 400 Arbeiter werden in unbezahlten Urlaub geschickt, sie werden eventuell in einem Jahr wieder eingestellt, alle Anderen werden entlassen.

«Was ich nicht gemacht habe, gebe ich auch nicht zu»

INTERVIEW MIT EMMELY TEIL I

Zuerst kämpfte sie für bessere Arbeitsbedingungen, dann gegen ihre Entlassung.

(agf/az) Emmely streikte als Verkäuferin bei Kaisers, worauf sie nach 31 Jahren Anstellung per «Verdachtskündigung» entlassen wurde. Angeblich soll sie Pfandbelege im Wert von 1.30 Euro veruntreut haben. Ihr Kampf gegen die Kündigung wurde seit gut einem Jahr in der ganzen deutschen Medienlandschaft zum Symbol für prekäre Arbeit. Im folgenden Interview erzählt sie von der DDR und den Veränderungen der Arbeitsbedingungen nach der Wende. Im zweiten Teil – in der nächsten Zeitungsausgabe – fragen wir nach der grossen Solidarität, die ihren Kampf unterstützt, und nach der Rolle der Gewerkschaften.

Warum denkst du, wehren sich so wenige Menschen gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingung oder gegen Entlassungen?

■ Weil die Leute nicht begreifen, dass wenn Einer geht, sie die nächsten sind. Das ist überall das Problem. Die aktiven Leute werden schnell isoliert. Man muss sich zusammentun. Ich weiss nicht, warum so wenige Kolleginnen beim Streik mitgemacht haben. Wenn ich doch das Gefühl habe, da kommt was dabei heraus, und nicht nur für mich, sondern für alle, dann überlege ich nicht viel, dann tue ich es einfach. Andere Kolleginnen geben die Verantwortung ab, indem sie sagen: «Ich bin nicht so kämpferisch wie du, mach du das mal für uns». Aber im Grunde genommen sind das alles nur Angstpfeiffen.

Warst du schon immer so?

■ Ja, ich war immer so. Ich hatte drei Brüder zu Hause, da musste ich mich durchsetzen. Ich konnte mich doch als grosses Mädchen von solchen kleinen Piepels nicht verprügeln lassen. Da muss man schon ein bisschen Kraft entgegenbringen. Wenn ich mich ungerecht behandelt fühle, dann wehre ich mich. Dann ist mir egal, was andere davon halten.

Hast du lange bei Kaisers gearbeitet?

■ Ja und nein, das muss man anders erklären. Kaisers gab es ja erst nach der Wende. Ich habe damals in der DDR bei der Handelsorganisation HO gelernt und gearbeitet. Nach der Wende hat Kaisers nach einer zweijährigen Zwischenlösung alle HO-Läden in Berlin aufgekauft. 170 Läden waren es damals und jetzt sind es noch 150. Und in Zukunft sollen es nur noch 80 sein. Alle fünf Jahre gibt es ein neues Konzept. Dabei werden alle Märkte umgebaut oder ganz geschlossen. Bei der Gelegenheit kündigen sie allen alten Kolleginnen. Kaisers will nur noch Jungvolk. Nur noch Ein-Euro-Jobberinnen, Minijobberinnen und Praktikantinnen, die in Vier-Stunden-Schichten eingestellt werden. Ein kleiner harter Kern von zwei Leuten soll in jedem Markt vorhanden sein, denen dann die Ungelernten zuarbeiten.

Was hat sich bei der Übernahme von Kaisers damals verändert?

■ Die Verträge blieben gleich, sie wurden mit den gleichen Bedingungen übernommen. Die Änderung der Verträge hätte Kaisers nur in Absprache mit der Gewerkschaft machen können und da hätte sich die Gewerkschaft gewehrt. Aber natürlich wurden viele nach der Wende entlassen und mit neuen Verträgen als Zeitarbeiter wieder angestellt. So wird das oft gemacht, zum Beispiel auch bei Opel. Die haben eine Zeitarbeitsfirma im Betrieb. Den Kollegen wird gekündigt und sie werden als Zeitarbeiter wieder angestellt mit einem neuen Vertrag. Sie haben dann also unter viel schlechteren Bedingungen wieder bei Opel gearbeitet. Bei Kaisers ging das über die Zeitarbeitsfirma easywork. Damals waren es in meiner Halle 144 Leute und jetzt sind es nur noch 36 mit altem Vertrag. Alle anderen sind schon ersetzt worden. Die Qualität der Arbeit wurde immer schlechter. Es gibt keine Kundenberatung mehr. Durch die Vier-Stunden-Schichten verhindern sie auch, dass wir uns gewerkschaftlich zusammentun. Der Kündigungsschutz fällt weg, weil nur noch Sechs-Monats-Verträge abgeschlossen werden. Zusätzlich wird durch die geringfügige Beschäftigung die Konkurrenz untereinander gesteigert.

Es gibt unterschiedliche Verträge in Ost und West. In der Gewerkschaft sollte es eigentlich keine Unterschiede geben. Eigentlich gilt, wenn es Tarifabschlüsse gibt, sollen diese gleich sein. Aber gleich heisst, dass die Osthälften fast 200 Euro weniger verdient als die im Westen.

Es gibt also nicht nur die Diskriminierung zwischen Mann und Frau, sondern auch zwischen West und Ost.

■ Und nun sollten die Westlöhne an die Ostlöhne angepasst werden. Alle Zuschläge sollten abgeschafft werden und auch das Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld. Eine Lohnerhöhung habe ich quasi noch nie erlebt. Wir haben gesagt es muss jetzt endlich noch ein wenig mehr Kohle



Kaisers kündigt Emmely

rüber kommen. Die Forderung von 6,5 Lohnerhöhung war ja nichts. Andere haben für 30% gestreikt.

Wann habt ihr angefangen euch zu wehren?

■ Vor zehn Jahren bin ich das erste Mal hellhörig geworden, da begannen sie die Leute zu ersetzen. Sie gingen mit den Stunden runter oder schlugen vor, dass die Alten in die Frührente gehen. Sie haben uns dann alle runter gedrückt mit den Stunden. Aber niemand wurde zusätzlich angestellt. Ich habe mich zuerst so wie alle anderen angepasst. Mein Gefühl das immer mehr Leute entlassen werden, wurde durch die Gewerkschaft bestätigt. Wenn die dann wieder Tarifverhandlungen hatten und ein neuer Tarifvertrag kam, da hat sich für keinen was verändert, gemacht haben sie genau das Gegenteil von dem was sie gesagt haben. Zwar stand im Tarifvertrag nach den Verhandlungsabschlüssen immer alles schön aufgelistet, aber bei der realen Arbeit konnte das nicht durchgesetzt werden. Es müssen weniger Leute das schaffen, was früher mehr Leute gemacht haben. Wir sind mehrheitlich Frauen in dem Niedriglohnssektor und können von unserem Lohn kaum leben. Es ist Wahnsinn, wir Alten werden mit den Stunden immer weiter gedrückt. Die Neuen werden für vier Stunden die Woche eingestellt und arbeiten aber dann bis zu 20 Stunden.

Die Arbeitszeiten haben sich also stark verändert?

■ Ja, sie sind total flexibel geworden. Damals mit der Wende sind deshalb auch die meisten Ehen kaputt gegangen. Wir hatten damals geregelte 8 Stunden Arbeit pro Arbeitstag. Heute arbeitest du nicht so geregelt. Die haben uns die Arbeitszeit immer weiter auseinander geschoben und da ist natürlich in den Familien viel passiert. Viele haben sich gar keine Kinder mehr angeschafft, weil die Kindertagesstätten (Kita) ja gar nicht mit der Flexibilisierung der Arbeitszeit mitgezogen haben. Wir hatten damals in der DDR eine richtig gute Kita-Betreuung von 6 bis 18 Uhr. Meine Kinder waren 10 bis 12 Stunden täglich in der Kita. Es gab auch Wochenkinderkrippen für die Schichtarbeiterfamilien. Und für Alleinerziehende gab es viele staatliche Vergünstigungen. Deshalb gab es viele Alleinerziehende, die zwar einen Partner hatten, aber nicht verheiratet waren. Um die Vergünstigungen zu bekommen, musste man oft durch 100 Instanzen und auch Anträge stellen für die ganzen Sozialleistungen. Das war nicht so einfach.

Die KollegInnen aus deiner Generation kommen alle aus dem Osten?

■ Ja, die meisten. Es gibt auch einen Konflikt zwischen den Ost- und Westbürgern. Die Kolleginnen haben genau wie ich vor 30 Jahren angefangen. Zu diesem Zeitpunkt 1976/77 war das Jugendfestival hier in Ost-Berlin. Die Weltjugend wurde dort eingeladen, das gab es alle vier Jahre. Da haben sie die Besten aus den ganzen Regionen der DDR nach Ost-Berlin geschickt. Sie sollten helfen, drei Stadtbezirke aufzubauen. Eine Woche lang gab es viele Bühnen, Veranstaltungen und internationale Kontakte wurden geknüpft. Und das waren dann auch immer die Jahre mit der starken Geburtenrate. Die ganzen Jugendlichen kamen also und jetzt kannst du dir vorstellen: Die sind jetzt alle im Alter von 50 Jahren. Und die sind jetzt für den neuen Trend für Kaisers zu alt, die müssen alle ersetzt werden.

Ich bin auch mit 18 Jahren, frisch aus der Lehre, hierher gekommen. Ich habe Fachverkäuferin für Waren des täglichen Bedarfs gelernt. So hiess das früher zu DDR Zeiten. Es gab damals die Möglichkeit 1,5 oder 3 Jahre Lehrzeit. Das heisst, wenn du gute Noten hattest, hast du nur 1,5 Jahre gelernt. Und wenn jemand etwas langsamer gelernt hat, dann hat das auch gepasst, der hat dann halt 3 Jahre gelernt. Das war mehr an die Fähigkeiten der Leute angepasst.

Wie hast du den Mauerfall erlebt?

■ Ich bin vor dem TV gesessen und habe zuerst nur gedacht, der Nachrichtensprecher habe sich versprochen. Aber ich konnte ja nicht hingehen, denn ich hatte drei kleine Kinder zu Hause und musste früh auf Arbeit. Ich hab das nicht realisiert. Aber am nächsten Tag auf Arbeit, als nur 3 von 15 kamen, war uns klar, dass es kein Regiefehler war.

Die ersten Bilder im TV und die erste Euphorie und das Rüberfahren haben wir erstmal weggelassen, denn es war ja ein Donnerstag. Wir sind erst am Sonntag gefahren. Ich hab mich richtig raus geschmissen gefühlt. Es wurden Tausende von Menschen über die Brücke geleitet. Es war unglaublich. Man musste richtig aufpassen, die Kinder waren damals so klein, eine noch im Kinderwagen und die anderen links und rechts. Ich musste die richtig festhalten, damit die mir nicht in der Menschenmasse da verloren gingen. Und sie haben immer gesagt: «Mutti lass uns nach Hause fahren.» Weil, als wir da in Kreuzberg ankamen, waren alle Häuser voll geschmiert und überall lag Papier auf dem Boden. Wir kannten das so nicht, bei uns war alles sauber.

Wo stehst du heute nach deiner Erfahrung im Streik?

■ Das ist ein ganzer Rattenschwanz, der da nach der Kündigung kam. Aber das Leben geht weiter. Ich kann mich nicht einfach aufgeben, als Kämpferin muss ich die Stange halten. Es gab auch viele Anfragen von KollegInnen, die auch von Repression betroffen waren. Als meine Arbeit habe ich die Zeit empfunden. Ich hatte während des Streiks bis heute, immer einen vollen Terminkalender. Zeit zum Nachdenken, was ich fühlte, hatte ich nicht. Die Aufgaben, die zu machen waren, habe ich gemacht. Der Solidaritätskreis hat sich nach meiner Kündigung gegründet. vorher hatten wir eine Betriebsgruppe mit Kolleginnen aus verschiedenen Läden und unseren Stammtisch. Die Filmgruppe Kanal B1 war schon während dem Streik dabei, da haben wir uns angefreundet. Sie zeigten uns Aktionen und wie man einen Streik vielleicht durchführen kann.

Ich frage mich manchmal, ob ich nicht genauso gehandelt hätte wie viele andere, wenn ich das Solidaritätskomitee, bzw. damals noch den Stammtisch, nicht gehabt hätte. Die anderen haben gesagt, wir nehmen die Abfindung und das gute Zeugnis und lassen uns kündigen. Ich wollte schon mein Recht haben. Ich habe nichts gestohlen und warum sollte ich dann die Abfindung nehmen und gehen. Was ich nicht gemacht habe, gebe ich auch nicht zu.

1 Der Film zum Streik «Ende der Vertretung»

Mehr Informationen zum Streik und zu der Kampagne auf www.labourNet.de

«Es kann nicht jeder Abteilungsleiter werden»

DETAILHANDEL Immer mehr Jugendliche werden sich ohne Lehrausbildung auf dem Arbeitsmarkt herumschlagen müssen. Für die AusbeuterInnen des Detailhandelskapitals ideal. Wir haben mit Julia (22) über die Erfahrungen im Detailhandel gesprochen.

Welche Ausbildung hast Du?

■ Keine, genau gesagt habe ich eine Lehre bei einer grossen Möbelhaus-Kette angefangen, aber es ging nicht, ich bin fast durchgedreht. Ich habe dann in den Lebensmittel-Detailhandel gewechselt, aber das Geschäft ging Konkurs. Ich fand später keinen Anschluss und habe ein Jahr Handelsschule gemacht. Ich habe aber keine Lehrausbildungsprüfung.

Warum bist Du nicht beim Möbelhaus geblieben?

■ Die Bedingungen waren ganz schlecht. Am Tag als ich ging, kam auch die Gewerkschaft – ich bin nicht sicher, ob es die UNIA war – und der Laden wurde für ein paar Tage geschlossen. Der Laden hielt sich weder an Arbeits-, noch an Pausen- oder Ferienzeiten. Ich weiss, dass schon ein paar Monate bevor ich kündigte, die Gewerkschaft mit der Geschäftsleitung gesprochen und sie mehrmals gewarnt hatte, dass sie den Laden dicht machen würden.

Du arbeitest später in einer deutschen Baumarkt-Kette, welche in die Schweiz expandiert ist, war es da besser?

■ Am Anfang ja, tatsächlich. Sie sagten mir, dass sie mich in meiner Aus- und Weiterbildung unterstützen und dass sie mir sogar Aufstiegsmöglichkeiten zur Abteilungsleiterin bieten würden. Dann aber, als ich wirklich das zweite Jahr der Handelsschule antreten wollte, sagten sie mir, dass es schwierig sei, da es zu wenig Leute im Geschäft gibt. Ich habe also auf meine Schule verzichtet, damit ich weiter 100% arbeiten konnte. Ich habe dann erfahren, dass sie allen am Anfang vieles versprochen. Logisch, es können doch nicht alle Abteilungsleiter werden!

Du warst an der Kasse. Wie ist das so?

■ Die Arbeit an der Kasse an sich ist gut, aber das Kassensbüro ist eine Katastrophe. Der ganze Laden ist erst seit kurzem eröffnet und es ist ein Chaos und so schaffe ich es meine überforderte Chefin, die gleich alt ist, wie ich (22), nicht mal, uns jeden zweiten Monat einen Samstag frei zu geben, was eigentlich im Vorstellungsgespräch abgemacht wurde. Die unklare Organisation kommt auf unsere Stimmung zurück. Als ich mal eine Blasenentzündung hatte und viel aufs WC musste, haben alle hinter meinem Rücken und auch vor mir schlecht geredet. «Sie geht wieder aufs WC, sie geht sicher rauchen, sie geht sicher mit anderen schwatzen».

Und sonst die Arbeitsbedingungen?

■ Ein Beispiel: Bevor die Filiale in Zürich aufging, haben wir viel in einer anderen Stadt beim Aufbau einer Filiale gearbeitet. Da hätten wir 43 Stunden pro Woche arbeiten sollen. Wir arbeiteten aber weniger. Sie sagten uns, dass wir dann an der Eröffnung in Zürich viel



Keine Ordnung im Chaos

nachholen werden. So weit so gut. Aber ich sah, dass ich immer mehr Minus-Stunden hatte. Dann, vor der Eröffnung in Zürich gingen gewisse Geräte nicht. Also schickten sie uns nach Hause bis diese wieder funktionierten. Stell dir vor, noch mehr Minus-Stunden. Am Schluss waren es 80! Schliesslich konnten sie mich dann einsetzen wie sie wollten. Ich musste sie am Abend nachholen, wenn sie meinten, sie bräuchten mich noch 2-3 Stunden! Ohne es mir im Voraus anzumelden!

War hier die Gewerkschaft nie involviert?

■ Doch. Gewisse Personen arbeiteten bis zu 12 Stunden pro Tag! Das haben die UNIA-Leute verboten und

geschaut, dass die ArbeiterInnen nach 9 Stunden nach Hause geschickt wurden. Aber auch die Sicherheit wurde nicht gewährleistet. Wir hatten mehrere Unfälle. Wir arbeiteten mit T-Shirt und in Turnschuhen. Bei gewissen Arbeiten hätten wir Sicherheitsschuhe und einen Helm anziehen müssen, aber wir wussten es nicht, und sowieso müssten wir sie selber kaufen... Und auch die Luft im Geschäft war so komisch: Wir hatten Kopfschmerzen und Nasenbluten, aber niemand hat da die Gewerkschaft informiert. Niemand wollte die Stelle verlieren.

Wegen den Pausenzeiten, muss jeder und jede selber für sich schauen oder habt ihr zusammen etwas durchsetzen können?

■ Am Anfang probierte ich in den Team-Sitzungen dieses Thema zu bringen. Obwohl alle betroffen waren, hat kein Mensch etwas gesagt. Aber alle hatten einfach Angst. Die Team-Sitzungen waren mehr für die Geschäftsleitung als für uns. Deshalb regelte jede selber ihre Pause. Am Besten hatten es die, die klipp und klar sagten: «Ich gehe jetzt in die Pause» oder «Es ist 5 Uhr, ich gehe» und nicht fragten, ob sie in die Pause oder nach Hause dürfen. Man kam mit grosser Selbstsicherheit besser weg. Aber manchmal kamen sie um vier Uhr und sagten, ich müsse bis sieben Uhr bleiben, ich hätte sowieso Minus-Stunden. Etwas nach der Arbeit abmachen ist so sehr schwierig geworden. So zu leben ist anstrengend. Ich bin immer wieder krank geworden, das war die Folge.

Und dann hast du doch die Kündigung bekommen.

■ Ja, weil ich an einem Tag nicht kam und als Grund meiner Absenz eine Notlüge brachte, die sie herausgefunden haben. Kündigung wegen Vertrauensmissbrauchs. Aber ich weiss, dass sie immer im Januar, wenn die Saison des Baus fertig ist, Leute freistellen. Im Dezember haben sie uns eröffnet, dass die zentrale Geschäftsleitung unsere Umsatzvorgaben für das nächste Jahr runterschrauben. Unser Chef hat uns das als «Entlastung» verkauft, wir hätten jetzt ja nicht mehr so viel Druck. Ich habe da schon gedacht, dass das eine Verarschung ist und dann sicher noch Entlassungen folgen. Und so war es auch. Im Ganzen wurden am folgenden Januar 10 Personen freigestellt. Einen Grund findet man immer, und bei mir hätte es früher schon bessere Gründe gehabt, mich zu entlassen.

Den Aufhebungsvertrag wollte ich nicht unterschreiben, es war lächerlich. Eine Freistellung stelle ich mir vor, wenn man klaut, aber nicht wegen meiner kleinen Notlüge. Vier Leute der Geschäftsleitung waren da um mir Ciao zu sagen. Sie haben so lange auf mich eingeredet, bis ich dann doch unterschrieben habe. Meine Arbeit sonst wurde aber gelobt und so weiter. Dann hat mich ein Security-Typ überallhin verfolgt, auch in die Umziehkabine. Erst mit Hilfe einer Kollegin konnten wir ihn da rausschicken, damit ich mich umziehen konnte. Anderen Kolleginnen Tschüss sagen konnte ich gar nicht mehr.

Was hast Du nachher gemacht?

■ Zuerst mal Ferien. Dann habe ich bei einem Billig-Discounter angefangen, auch eine Eröffnung. Und auch wieder eine internationale Kette.

Wir bleiben hier. Dafür kämpfen wir!

BUCHBESPRECHUNG Die Erfahrungen vom AEG Streik in Nürnberg liegen nun in Buchform vor.

(az) Im Frühjahr 2009 veröffentlichte das Redaktionskollektiv der am AEG-Streik im Winter 2006 beteiligten Gruppe Druckwächter eine Reihe von Interviews unter dem Namen «Wir bleiben hier. Dafür kämpfen wir!». Der Druckwächter ist ein Kollektiv von gewerkschaftskritischen AEGlerInnen. Zur Vernetzung der KollegInnen hat dieses ein Internetprojekt¹ aufgebaut, über das während des Streiks auch die Pressearbeit abgewickelt wurde.

Persönliche Kampferfahrungen

Das Buch berichtet aber nicht in erster Linie aus Sicht der DruckwächterInnen, vielmehr liefert es uns eine umfang- und hilfreiche Materialsammlung, bestehend aus Interviews mit den verschiedensten am Streik beteiligten Akteuren.

Nicht die Analyse, sondern die Vermittlung der persönlichen Kampferfahrung ist die Absicht der HerausgeberInnen. Das Werk lebt von der Darstellung der Wechselwirkungen zwischen den Interventionen der verschiedenen Akteure, wie politischen Organisationen,

Betriebsgruppen und ArbeiterInnen. Wir erfahren aus unterschiedlichsten Perspektiven vom Einbezug linker Gruppen und deren UnterstützerInnenkreisen, Boykottkampagnen und Stadtteildemos, selbst von Klassenkampf ist die Rede.

Implizit zieht sich ein roter Faden durch die Interviews: Das Misstrauen gegenüber der Gewerkschaftsführung der IGMetall, die Enttäuschung über den Streikabbruch, dem Verrat an den Kollegen und Kolleginnen.

Strategie und Taktik

Durch das Schlusskapitel, einem Bericht aus einem Workshop «Strategie und Taktik in wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen am Beispiel der AEG Nürnberg», kommt eine analytische und theoretisierende Ebene hinzu.

In diesem Kapitel wird versucht, strukturiert und systematisch die Ereignisse zu analysieren. Als Ausgangslage dienen Grundsätze der Militärwissenschaften. Besonders Clausewitz, aber auch Lenin werden zu Rate gezogen. Auf dieser Basis werden sowohl die Strategien der Unternehmensleitung als auch der Gewerkschaftsführung untersucht.

Zum Verständnis der Rolle des Streikkollektivs und dessen UnterstützerInnen wird eine ungewöhn-

liche Form gewählt: Über ein Rollenspiel erarbeiten vier AktivistInnen ein quasi idealtypisches Streikszenario. Wenn auch hie und da gewisse Annahmen zum Schmunzeln verleiten, so ist dieses Kapitel doch gut geeignet einen Einblick in die Dynamik von Arbeitskämpfen und deren wichtigsten Kernfragen und Knackpunkten zu erhalten.

Gestärkt in die Zukunft

Damit liefert dieses Buch der interessierten LeserIn aus vielfältiger Perspektive einen Einblick in einen politisch geführten Arbeitskampf. Unterschiedliche Interventionsmöglichkeiten, die nicht immer einfachen Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit zwischen politischer Widerstandsbewegung und streikenden ArbeiterInnen und die immer mässigend einwirkende Vermittlung der Gewerkschaftsführung – diesen Herausforderungen gilt es sich auch in jedem zukünftigen Streik zu stellen.

¹ www.netzwerk.it.de

«Wir bleiben hier. Dafür kämpfen wir!» ISBN 978 3-00-026808-3 Bestellung über den Buchvertrieb des Revolutionären Aufbau an der Kanonengasse 35, 8004 Zürich oder über den Buchhandel

Gefoltert und weggesperrt

BASKENLAND 34 Jahre nach dem Ende der Franco-Diktatur bleibt die Lage der baskischen AktivistInnen und vor allem der politischen Gefangenen im spanischen Staat ein Sonderfall in Westeuropa.

(rabs) Der Konflikt im Baskenland ist in den letzten Wochen und Monaten wieder vermehrt in die Schlagzeilen geraten. Die Bedingungen, unter welchen die dortige Linke schon seit Jahren arbeiten muss, werden im Folgenden anhand der wichtigsten Stichworte beschrieben. Die brutale Repression betrifft schon seit längerem nicht mehr ausschliesslich vermutete ETA-Militante, sondern auch Angehörige diverser anderer politischer und kultureller Organisationen und Kollektive.

Folter und «Incomunicación»

Um die «abertzale Linke», also die baskische Bewegung für Unabhängigkeit und Sozialismus zu schwächen, wird in den spanischen Gefängnissen weiterhin systematisch gefoltert. So haben seit 1978 7000 Menschen vor Gericht ausgesagt, durch vorgetäushtes Ersticken mit Plastiktüten oder im Wasser, durch Schläge oder Elektroschocks gefoltert worden zu sein. Physische Folterungen fallen ausschliesslich in die fünf Tage, während denen sich die Festgenommenen als sogenannte Incomunicada/os auf den Polizeikommissariaten befinden. In dieser Zeit ist jeglicher Kontakt zur Aussenwelt untersagt, seien das Familie, AnwaltInnen oder VertrauensärztInnen. Unter dem Eindruck dieser fünf Tage und auch der expliziten Androhung weiterer Folter durch die Polizeikräfte, gestehen etliche der Festgenommenen vor dem Gericht Taten, die sie gar nicht begangen haben, beschuldigen GenossInnen und unterzeichnen vorverfasste Protokolle. Neben dem Herauspressen von Geständnissen dient die Folter auch der Bestrafung der Gefangenen und der Verbreitung von Angst im Umfeld der AktivistInnen.

Nach dem Aufenthalt auf dem Kommissariat werden die Festgenommenen entweder auf freien Fuss gesetzt oder der Audiencia Nacional vorgeführt. Dieses Gericht ist Nachfolger des franquistischen «Tribunal der öffentlichen Ordnung» und ist unter anderem verantwortlich für die Verbote baskischer Parteien. Dass politische Gefangene gefoltert werden, wird trotz wiederholter kritischer Berichte der EU, der UNO und Amnesty International nicht nur abgestritten, sondern hat in den Köpfen der RichterInnen zu einer gedanklichen Verrenkung besonderer Art geführt: Wer vor Gericht aussagt, gefoltert worden zu sein, muss mit einer Anklage wegen ETA-Mitgliedschaft rechnen, da ETA ihren Militanten dies vorschreibe, um den spanischen Staat zu diskreditieren. Zur Widerlegung dieser Theorie reicht nur schon die Tatsache, dass Angeklagte, die sich selbst zu ETA bekennen, nicht immer Folter anzeigen.



«Und wann werdet ihr Guantánamo schliessen?»

Haft und «Dispersión»

Seit der Generalamnestie 1977 gab es noch nie so viele baskische politische Gefangene wie zurzeit. Für die rund 760 Gefangenen gelten scharfe Haftbedingungen. Pro Woche dürfen sie einmal Besuch empfangen, Gespräche am Telefon oder während der Besuche werden aufgezeichnet und Briefe fotokopiert. Den Folteropfern wird durch das Abhören auch die Verarbeitung ihrer Erfahrungen quasi verunmöglicht, da Gespräche mit PsychologInnen abgehört und die gemachten Aussagen gegen die Betroffenen verwendet werden.

Die Höchststrafe wurde in den 90er Jahren von 30 auf 40 Jahre heraufgesetzt. Im Jahr 2006 hat nun ein Gericht entschieden, dass dieses Gesetz auch rückwirkend auf vorher Inhaftierte angewendet werden kann, also Gefangene, die sich seit Jahren auf ein festes Entlassungsdatum eingestellt haben, von einem Tag auf den anderen zehn Jahre länger im Knast verbringen müssen. Diverse Hafterleichterungen bei gutem Betragen wie auch die vorzeitige Entlassung bei schweren chronischen Krankheiten sind bei den baskischen Gefangenen ausser Kraft gesetzt.

Besonders erschwerend für die Situation der Gefangenen wie auch für die Solidaritätsarbeit ist die seit 20 Jahren bestehende Praxis der «Dispersión» (Zerstreuung). Ein im spanischen wie auch in vielen anderen Staaten existierendes Gesetz besagt zwar, dass Menschen im Strafvollzug zwecks besserer Reintegration möglichst nahe am Wohnort inhaftiert werden sollen. Dieses Gesetz wurde aber bei den baskischen politischen Gefangenen umgedreht: Je stärker ein Gefangener aus dem Umfeld gerissen werde, desto grösser sei die Chance, dass er oder sie sich nach dem Gefängnisaufenthalt nicht mehr «terroristisch» betätigen würde. Die Gefangenen werden also auf die Gefängnisse in ganz Spanien inklusive der zugehörigen Inseln (Mallorca, Kanarien) verteilt. Diese Praxis führt dazu, dass etliche Verwandte und FreundInnen der Gefangenen Wochenende für Wochenende hunderte von Kilometern zurücklegen müssen. Diese Zusatzbestrafung der Familien und FreundInnen kann tödlich enden. Seit Einführung der «Dispersión» sind 16 Personen auf spanischen Strassen gestorben, die unterwegs in die verschiedenen Gefängnisse waren.

Wir danken der Anwältin von Askatasuna (Freiheit; Organisation zur Unterstützung der politischen Gefangenen) für ihre wertvollen Informationen, auf die wir uns in diesem Artikel stützen.

UNVERBREITETE NACHRICHTEN

In dieser Rubrik veröffentlichen wir Auszüge aus Aktionserklärungen, welche wir per Mail erhalten oder im Internet gefunden haben.

Brennende Barrikaden vor dem italienischen Konsulat in Zürich

Vor dem letzten Prozesstag, in der Nacht vom 10.06.2009 auf den 11.06.2009 (...) haben wir einen revolutionären Gruss an die Gefangenen der PC-p-m und den mitangeklagten KommunistInnen am und um das italienische Konsulat hinterlassen. (...), wir müssen unsere Zukunft in die eigenen Hände nehmen! Genau dafür stehen die GenossInnen die in Italien am 12.02.2007 verhaftet wurden, die bis zu zwei Jahrzehnten Knast verurteilt werden sollen. (...) Freiheit für alle revolutionären Gefangenen! Unterstützen wir den Kampf der GenossInnen für den Kommunismus drinnen und draussen! Siehe auch: <http://www.youtube.com/watch?v=cHp-mPtpXW4>

Farbanschlag auf die ORS in Zürich

In der Nacht vom 7./8. Juli 2009 haben wir der ORS Service AG einen Besuch abgestattet und einige farbige Grüsse hinterlassen. (...) ORS Service AG ist eine Privatfirma, die im Auftrag verschiedener Kantone für die Betreuung von Asylsuchenden zuständig ist. (...) Eine weisse Weste hatte ORS noch nie; seit gestern Nacht hat

ORS auch keine weisse Fassade mehr. No border, no nation – stop deportation! Feuer und Flamme den Ausschaffungsknästen! (...)

Farbe gegen das französische Konsulat

Wir haben in der Nacht auf Sonntag (5.7.) das französische Konsulat in Zürich mit roter Farbe angegriffen. Unsere Solidarität gilt den Gefangenen, die während der Anti-Nato-Demo in Strasbourg eingeknastet wurden. Sie erhielten bis zu sechs Jahren Knast. Unsere revolutionären Grüsse gehen ebenfalls an unseren Genossen George Ibrahim Abdallah, der seit 25 Jahren in den französischen Knästen sitzt, sowie an die politischen Gefangenen der Action Directe. (...). Die Farbe am französischen Konsulat steht auch als Zeichen gegen den G8! WEF, Nato, G8... Kapitalismus zerschlagen! Freiheit für alle politischen Gefangenen! Hoch die internationale Solidarität! Kommando Strasbourg

Aktion gegen Kreisposten 3

Den Spiess umgedreht haben wir in der Nacht auf den 19. Mai beim Angriff gegen den Kreisposten 3. Am 1. Mai hat der Staat seine militärische Macht genutzt um am Nachmittag eine Präsenz auf der Strasse zu verhindern. (...) Was ihnen andererseits heftigen Widerstand auf der Strasse einbrachte. (...) Wir lassen uns das Demonstrieren nicht verbieten! 1. Mai – Strasse frei.

Amt für Migration in Luzern verschönert

In der Nacht vom 15. auf den 16. Juli 2009 erhielt das Amt für Migration in Luzern ebenfalls unerwarteten Besuch. Es wurde mit mehreren Farbtupfern verschönert. (...) Wir scheissen auf eure Asylpolitik und die mörderischen Grenzen! Solidarität mit allen Sanspapiers und den Millionen Menschen welche in Nordafrika auf ihre Chance, nach Europa zu kommen warten! Scheiben splintern und ihr schreit, Menschen sterben und ihr schweiget!

Aktionen rund ums Sechseläuten

(...) Obwohl ein erhöhtes Sicherheitsdispositiv für die Sicherheit sorgen sollte, war es diversen Gruppen möglich, ihre Wut über die Bonzenfasnacht kundzutun. Nach dem schon im Vorfeld das Restaurant der Zunft Wiedikon mit Farbe angegriffen wurde, hatte diese Zunft auch heute nichts zu lachen. Ihre «Ehregäste» Hans-Rudolf Merz und Toni Brunner wurden mehrmals mit Eiern beworfen. Auch die Zunft Drei Könige kam, trotz der Tatsache, dass ihre Fahnen von den Bullen selbst stolz herumgetragen wurden, nicht ungeschoren davon. Auf der Sechseläutewiese wurden sie mit einem Eierhagel begrüsst. (...) Machen wir den Bonzen Dampf – Führen wir den Klassenkampf! (...)

Regierungskrise in Nepal

NEPAL Im Mai ist Prachanda, der Vorsitzende der UCPNM, als Premierminister zurückgetreten. Dies als Konsequenz eines Streits um die Entlassung des Chefs der nepalesischen Armee.

(agkk) Bereits in der letzten Ausgabe des aufbaus berichteten wir über die anhaltenden Kämpfe in Nepal. Besondere Beachtung schenken wir dem Streit zwischen der von den MaoistInnen angeführten Regierung und dem damaligen Chef der nepalesischen, ehemals königlichen, Armee. Wir stellten fest, dass sich der ehemalige Königsdiener der demokratisch legitimierten Regierung nicht verpflichtet fühlte und gegen deren Willen Neurekrutierungen in die Armee vornahm.

Im Mai ist die UCPNM nun aus der Regierung ausgetreten. Die Hintergründe dieses Rücktritts geben uns einige Informationen über den Charakter der bürgerlichen Demokratie, in deren Anfängen Nepal steckt.

Die CPN(UML) schützt den Armeechef

Anfangs Mai entschloss die Regierung, den Chef der Armee, Katawal, zu entlassen. Allerdings war dies kein Einheitsentscheid. Die zweitstärkste Koalitionspartnerin, die CPN(UML)¹, und zwei kleinere Koalitionspartnerinnen boykottierten die Sitzung, nachdem der Premierminister die Entlassung traktandiert hatte. Als diese dann beschlossen war, wettete die CPN(UML) im Einklang mit dem Nepali Congress² in den Medien gegen den Entscheid. Der Präsident Nepals, Dr. Ram Baran Yadav, ein Mitglied des Nepali Congress, legte ein Veto gegen den Beschluss ein und wies Katawal an, die Position zu halten. Dass der Nepali Congress und die CPN(UML) dem Armeechef den Rücken stärken, spricht Bände über ihren politischen und gesellschaftlichen Hintergrund – gehört dieser doch zur alten monarchistischen Elite.

Schon vor der eigentlichen Regierungssitzung stritten sich die Koalitionspartner über die Frage des Armeechefs. Doch die MaoistInnen, welche die Mehrheit



Demonstration für die Entlassung des Armeechefs.

in der Regierung stellten, zeigten sich unnachgiebig und setzten den Entscheid zur Entlassung durch. Kurz darauf gab die CPN(UML) ihren Austritt aus der Koalition bekannt. Einen Tag später erklärte Prachanda die Demission seiner Regierung. Er schob die Einmischung des Präsidenten als Grund vor. Zudem erklärte er, dass die Arbeit mit den Koalitionspartnern sehr schwer gefallen sei, da diese immer wieder dem Druck ausländischer Mächtezentren gewichen seien.

Neue Regierung

Nach der Demission der UCPNM-Regierung, begann das Ringen um die Bildung einer neuen Koalition. Auffallend dabei waren vor allem die intensiven Bemühungen der CPN(UML), eine Regierung unter ihrer Führung zu bilden. Nach etwa drei Wochen gelang ihr dies. Bei den Wahlen Ende Mai wurde ihr Ex-Generalsekretär, Madhav Kumar Nepal, vom Parlament mit Stimmen aus 21 Parteien – die wichtigste davon ist der Nepali Congress – zum neuen Premierminister gewählt. Die UCPNM boykottierte diese Wahl.

Doch es scheint so, als könnten die MaoistInnen trotzdem nicht übergangen werden. Die CPN(UML) und Teile des Nepali Congress streben eine «Regierung des nationalen Konsenses» an. In diesem Kontext ist üb-

rigens noch zu erwähnen, dass der umstrittene Armeechef Katawal bald in Rente gehen wird. Zufall?

Reaktion der MaoistInnen

Das Scheitern der eigenen Regierung und das Verhalten des wichtigsten Koalitionspartners hat bei der Mehrheit der UCPNM noch kein grundsätzliches Umdenken ausgelöst. Sie strebt eine nationale Regierung unter ihrer Führung an und versucht die „unethische und nicht verfassungsgemässe“ Regierung mittels Mobilisierungen auf der Strasse und im Parlament zu bekämpfen. Zentral in ihrer Kampagne ist dabei der Begriff der «zivilen Oberhoheit», die es zu verteidigen gelte. Dies im Bezug auf den Streit um den Armeechef. Ebenfalls hat sie dazu juristische Schritte angekündigt. In ihrer Politbürositzung Ende Juni gab es Debatten über den Kurs der Partei. Eine Minderheit forderte eine Volksrevolte zur Schaffung einer Volksrepublik. Die GenossInnen, welche hinter dieser Linie stehen, warnen schon seit letztem Jahr, dass die Partei mit der gegenwärtigen Strategie im parlamentarischen Morast steckenbleiben werde³.

¹ Communist Party of Nepal (United Marxist Leninist)

² Grosse, bürgerliche Partei in Nepal.

³ Siehe weitere Texte zu Nepal auf S. 13

Parteiheirat

Die CPN(Maoist) war die Partei, welche ein Jahrzehnt lang einen erfolgreichen Volkskrieg gegen feudalen, halb-kolonialen Verhältnisse in Nepal führten und bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung mit Abstand am erfolgreichsten abschnitten. Am 12. Januar 2009 vereinigte sich die CPN(Maoist) mit der CPN – Unity Centre-Masal zur UCPNM, Unified Communist Party Nepal – Maoist.

Dieser Schritt wurde von der indischen Schwesterpartei CPI(Maoist) öffentlich kritisiert, da dies die reformistischen und revisionistischen Tendenzen in der Partei stärken würde.

Wir bestrafen dich nicht für das, was du getan hast, sondern für das, was du bist

KLASSENJUSTIZ Das Urteil gegen die Angeklagten im Prozess gegen die PC P-M fiel erwartungsgemäss sehr hart aus. Die Skala bewegt sich zwischen 3 Jahren und 15 Jahren. Die Gefangenen haben mit erhobener Faust und dem Singen der «Internationale» auf die Verlesung der Urteile reagiert.

(gpw) Zusammen mit den anwesenden Publikum riefen sie zudem Parolen wie: «Contro la crisi dell'imperialismo guerra di classe per il comunismo» (Gegen die imperialistische Krise Klassenkrieg für den Kommunismus) und «Gegen Faschismus und Repression: Revolution».

Dieses Urteil vom Geschworenengericht Mailand, ausgesprochen am 13. Juni im Bunker des Hochsicherheitsgefängnisses San Vittore ist unter verschiedenen Gesichtspunkten bedeutend. Die Hauptpunkte der Anklage, bewaffnete Bande und Vereinigung mit dem Ziel des Umsturzes, wurden vollumfänglich übernommen, obwohl dazu keine spezifische Taten zugrunde liegen.

Gemäss Anwalt Giuseppe Pelazza enthüllen politische Prozesse im allgemeinen und dieser im speziellen einen strafrechtlich-präventiven Charakter, d.h. es werden nicht Sanktionen für begangene Handlungen ausgesprochen, sondern es werden jene aus dem Verkehr gezogen, die zukünftig welche begehen könnten. Zudem soll auch dem gesamten revolutionären Widerstand und breiten sozialen Sektoren eine harte Warnung vor die Füsse geknallt werden.

Weiter meinte er: «... die ausgesprochenen Strafen waren nicht von schlechten Eltern: von drei Jahren und

sechs Monaten geht es bis zu fünfzehn Jahren, über die 7, 8, 11 und 13. Wenn wir in Betracht ziehen, dass einer der Angeklagten, der nur der Vereinigung angeklagt war, zu 11 Jahren und 4 Monaten verurteilt wurde, wird klar, wie stark die ideologische Tatsache das Strafmass bestimmt hat...»

«Im Knast und Gericht geht der Kampf weiter...»

...schreiben die Gefangenen in einer ersten Bilanz nach der Urteilsöffnung. «Es geht darum, die gleichen Gründe des revolutionären Weges zu bestätigen, zu dem wir draussen beigetragen und weswegen die Verhaftungen stattgefunden haben»

Weiter schreiben sie, warum für sie die politische Prozessführung ein Erfolg war:

«Das in Anbetracht der verschiedenen Grade des militanten Einsatzes der GenossInnen, vor allem zwischen Genossen, die sich zum betreffenden politisch-organisatorischen Weg bekennen und jenen, die sich innerhalb der Bewegungen und/oder der Fabrik militant einsetzen, konnte das Ziel, die Einheit in der Verschiedenheit, erfüllt werden. Eine Einheit, die auf gemeinsame Klassenidentität und Zugehörigkeit zum revolutionären Lager basierte.

Die Solidarität und die Klassenbewegung konnten so grossen Raum finden, um in ein dialektisches Verhältnis mit uns zu treten, um eine Solidarität im wahrsten Sinne zu entwickeln, das heisst Gegenseitigkeit im gemeinsamen Interesse der Entwicklung der revolutionären Positionen im Kontext der Auseinandersetzung mit der Repression, der Aufstellung gegenüber dem konterrevolutionären Staat.

Die Verteidigung musste auf das Kriterium des «Prozesses als Angriffskonnivenz»¹ ausgerichtet werden.

Das heisst, ohne ihn drastisch zu verweigern, stellten wir uns auf, um das Primat der Politik und die Nichtanerkennung der Legitimität der bürgerlichen Justiz zu bestätigen. Dies öffnete uns einen Raum, in dem wir im Prozessverlauf einen konstanten Kampf entwickeln konnten.

Nun, genau das ist der Sinn unseres Versuches, unseres Beginnes eines als «Aufbau des PCP-M» (politisch-militärische Kommunistische Partei, Anm. d. Übers.) definierten politisch-organisatorischen Weges. Ein Weg, der dazu fähig sein soll, die Fäden des grossen Zyklus der 70er/80er Jahre wieder aufzunehmen und zu sammeln, indem davon eine passende Synthese gemacht wird, in der Überwindung der Grenzen und Fehler.»

Kollektiv im Hochsicherheitsknast

Nur der revolutionäre Bruch und die Entfaltung eines Weges der politisch-militärischen Auseinandersetzung kann einen Ausgang und eine Perspektive geben, kann die Möglichkeit der sozialen Alternative eröffnen.

«Aus wie vielen unterschiedlichen Ebenen und Situationen die Klassenbewegung auch besteht, es muss und kann für jene, die sich auf die Ebene der revolutionären Perspektive aufstellen, tendenzielle politische und ideologische Einheit geben mit den fortgeschrittensten Spitzen, welche die obgenannte Frage der Strategie und der Praxis stellen.»

Die verurteilten KommunistInnen wurden alle in den Hochsicherheitsknast von Siano verlegt und sind dabei, ein Kollektiv Kommunistischer Gefangenen zu bilden. Der Kampf geht weiter, Drinnen wie Draussen.

«Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb unserer Partei»

NEPAL Letzten Herbst veröffentlichte ein Politbüromitglied der UCPNM, Genosse Biplap, ein Papier unter obigem Titel¹. Er nimmt darin Stellung zu den unterschiedlichen Meinungen über die Weiterführung der Revolution in Nepal. Wir veröffentlichen hier eine gekürzte Version der deutschen Übersetzung.

(agkk) «Wir sollten es ehrlich sagen, dass es eine Meinungsverschiedenheit darüber gibt, wie die nepalesische Revolution vollendet werden soll. Die Meinungsverschiedenheit dreht sich hauptsächlich um die Parteilinie, das politische Programm und die Taktik unserer Partei.»

Meinungsverschiedenheit über das politische Programm

Der hauptsächlichste Streitpunkt ist, ob die Partei zur Volksrepublik voranschreiten soll oder im Stadium der demokratischen Republik bleiben soll. In unserer Zentralkomiteezusammenkunft vom vierten bis sechsten Oktober 2008 legte der Parteivorsitzende, Genosse Prachanda, ein Programm zum Verbleib in der Demokratischen Republik vor. Seine mündliche Empfehlung strich die Notwendigkeit der Taktik der demokratischen Republik heraus; die Situation sei nicht günstig, um zur Volksrepublik voran zu schreiten.

Nach der Empfehlung von Genosse Prachanda widersprach Genosse Kiran dem Programm der demokratischen Republik und legte einen schriftlichen Antrag für eine Volksrepublik vor. Genosse Kiran brachte ein, dass die Angemessenheit der demokratischen Republik vorüber sei und die Partei zur Volksrepublik voranschreiten solle.

Wir müssen einige der Aspekte davon verstehen, dass das erklärte und authentische politische Programm unserer Partei von Beginn an eine neue Volksdemokratie war. Entsprechend der Gültigkeit des Marxismus-Leninismus-Maoismus ist die zentrale Frage des Volkskrieges das Erreichen der Staatsmacht des Volkes und die neue Volksmacht. Dieses Ziel hat sich bis jetzt nicht geändert.

Die Parlamentarier ordneten barbarische Repressalien gegen uns an. Von diesem Gesichtspunkt her war der Volkskrieg sogar gegen das parlamentarische Mehrparteiensystem gerichtet. Unsere Parole war: «Lasst uns nicht unter der Illusion des parlamentarischen Systems verbleiben! Lasst uns die neue volksdemokratische Revolution vorbereiten!»

Der Putsch von König Gyanendra war ein faschistischer Schritt, um die Niederlage der Parlamentarier und den Sieg des Volkes durch den Volkskrieg rückgängig zu machen. Dies polarisierte die Situation und die demokratische Republik war das Ergebnis davon. Zu dieser Zeit hatten wir ein klares Konzept, dass die demokratische Republik nur eine Übergangstaktik für eine vereinigte Front mit den parlamentarischen Parteien gegen die Monarchie sein wird.

Der Klassencharakter der demokratischen Republik ist bourgeoise. Gemäss der Verfassungsgebenden Versammlung ist die Monarchie abgeschafft und die Republik etabliert worden, doch es gab keine Veränderung ihres Klassencharakters. Die Partei erreichte die oberen Strukturen der Staatsmacht, die Regierung der Verfassungsgebenden Versammlung; doch die gesamte Basis gehört zur Macht der alten Klassen. Die Wirtschaft, das Militär, die administrativen Strukturen und die Gesetze gehören zur alten Macht. Es gibt keine Möglichkeit die gesamte Basis dem Volk durch einen einfachen Prozess oder durch friedliche Methoden zu übergeben.

Deswegen ist es nötig im Volk ein neues politisches Programm zu bestimmen. Es ist klar, der Verbleib in der demokratischen Republik anstelle des Voranschreitens zur Volksrepublik heisst sich vom Ziel des Aufbaus der Volksmacht - entsprechend den grundlegenden Programmen im Bezug auf den Marxismus unter Führung der proletarischen Klasse - zu entfernen; und stolpern und festsitzen im parlamentarischen Morast unter der Staatsmacht der bourgeoisen Klasse.

Der strategische Unterschied

Der zweite Unterschied dreht sich darum, wie die nepalesische Revolution zu vollenden sei: mit einem Aufstand oder mit friedlichen Kämpfen. Einige unserer Genossen in der Führung bevorzugten den friedlichen Wandel über die demokratische Republik. Diese Tendenz spricht vom Aufstand während sie gleichzeitig die Grundlagen des Aufstandes niederreissen (die Fusion der Volksbefreiungsarmee PLA mit der alten Armee, professionelle Revolutionäre werden nach Hause geschickt und sollen Arbeit annehmen, die einseitige

Gewichtung auf die ökonomische Reform und die ökonomische Eigenwilligkeit in der Partei zeigen es klar). Wir sind der Meinung, dass die Besonderheit der nepalesischen Revolution eine Bewaffnung notwendig macht und die Revolution auf diesem Weg erfolgreich sein wird.

Deswegen soll die Volksbefreiungsarmee konsolidiert statt fusioniert werden und den Vollzeit-Kadern sollte politische Arbeit aufgetragen werden, statt sie nach Hause zu senden.

Bezüglich der strategischen Frage sagen der Vorsitzende Genosse Prachanda und einige andere, dass die Revolution von der höchsten Ebene durch die Regierung und das Parlament möglich sei. Unserer Meinung nach ist dies allerdings ein geringer Aspekt und der Hauptaspekt ist die Volksrevolte.

Es gibt eine Möglichkeit für eine einfache Reform; allerdings ist die Geburt einer neuen Macht nur mittels



Genosse Mohan Bahidya, alias Kiran

einfacher Reform nicht möglich. Demzufolge ist die Strategie der Interventionen auf der höchsten Ebene verknüpft mit einer friedlichen Strategie und es ist nicht einfach nur eine Frage der Taktik.

Der taktische Unterschied

Die dritte Meinungsverschiedenheit ist, ob die Partei die Taktik des Klassenkampfes oder der Reform anwenden soll. Der Vorsitzende Genosse Prachanda hat uns die Taktik in 4 Punkten präsentiert:

- 1) Das Ausarbeiten einer neuen Verfassung;
- 2) Durch die Fusion der beiden Armeen eine neue Armee aufbauen;
- 3) Ausweitung der Offenlegung des Budgets;
- 4) Entwicklung und Aufbau.

Er argumentiert, dass der Aufstand in der Ausarbeitung der neuen Verfassung oder in der Fusion der beiden Armeen stattfinden wird.

Unserer Meinung nach können die genannten Punkte als taktische Mittel eingesetzt werden, allerdings sind sie in ihrer Essenz nicht revolutionär sondern reformistisch. Diese Punkte können Bestandteil der Reform und des Kompromisses sein; sie garantieren aber nicht den Aufstand.

Gemäss dem besteht eine Notwendigkeit für eine starke Volksbefreiungsarmee, eine grosse Anzahl hingebungsvoller Kader und einen klaren Plan für den Kampf. Die Taktik sollte hauptsächlich dazu dienen, die Grundlagen und Strukturen der komprador-kapitalistischen Macht zu treffen und sie zu zerschmettern.

Um das zu erreichen, sollten die Kämpfe auf die Zerschlagung der alten ökonomischen Grundlagen, die Schauplätze der komprador-kapitalistischen und der alten kulturellen Strukturen ausgerichtet werden. Gleichzeitig sollte die Taktik darauf hinzielen, die Bauernbewegung aufzubauen, die alte Armee von innen und aussen auflösen und die Macht dem Volk zu übergeben.

Gleichermassen sollte die Taktik dazu dienen, gemeinsame Front unter Patrioten und Kommunisten zu machen und bei den Kämpfen dem Nationalismus Priorität zu geben.

In der Gesamtheit haben wir unsere eigene Meinung, dass nämlich das politische Programm, die Strategie und die Taktik - vorgeschlagen vom Vorsitzenden Genosse Prachanda - den Reformismus verkörpern. Die einzige Lösung ist, dass die Partei mittels dem politischen Programm der Volksrepublik, der Strategie des Aufstandes und der Taktik des Klassenkampfes voranschreitet.»

¹ Unified Communist Party Nepal Maoist (Vereinigte Kommunistische Partei Nepal Maoistisch) - neuer Name der CPN(M) seit der Vereinigung mit Unity Center-Masal im Januar 2009. Gesamte Übersetzung auf www.aufbau.org

Interne Widersprüche

Es zeigt sich auch in Nepal, dass der revolutionäre Prozess kein geradliniger Marsch der stets geeinten Massen Richtung Zukunft ist. Nein. Vielmehr geraten wir immer wieder an innere Widersprüche, tauchen unterschiedliche Ansichten darüber auf, wie der Weg zur neuen Gesellschaft aussehen soll.

Entscheidend für den Erfolg der kommunistischen Bewegung ist die Methode, mit welcher Widersprüche angegangen werden. In der Geschichte gibt es mehrere Beispiele, wie Widersprüche totgeschwiegen wurden. In der jüngeren Vergangenheit wäre Peru zu nennen. Nach einem zu Beginn der 80er Jahre erfolgreich geführten Volkskrieg, gelang es dem staatlichen Sicherheitsapparat, beinahe die gesamte Führung der Kommunistischen Partei zu verhaften. Diese schwenkte danach auf einen friedlichen Kurs um, dem fast die gesamte Basis widerspruchslos folgte. Es fand keine Debatte statt.

In Nepal scheint dies anders abzulaufen. Schon früh veröffentlichten die indischen GenossInnen der CPI(Maoist) eine solidarische Kritik. Nüchtern legt diese die Gefahren der neuen Linie der CPN(M) dar. Auch innerhalb der Partei in Nepal ist Kritik aufgetaucht. Warum wir diese teilen, möchten wir hier kurz darlegen.

Die nepalesische Gesellschaft besteht zum überwiegenden Teil aus armen Bauern. Die Industrie ist kaum entwickelt, die ArbeiterInnenklasse klein. Um das Ziel des Sozialismus zu erreichen, ist eine diesen Bedingungen angepasste Strategie notwendig. Deshalb griff die CPN(M) Mitte der 90er Jahre auf das maoistische Konzept des langandauernden Volkskrieges zurück. Diese Strategie hat die Zerschlagung feudaler und imperialistischer Strukturen sowie die Installation einer Volksrepublik zum Ziel.

Die Errungenschaften, welche während des 10 Jahre währenden Volkskrieges erreicht wurden, sprechen für die gewählte Strategie. 80% des Landes konnten unter die Kontrolle von Volkskomitees gebracht werden. Allerdings wurde der Volkskrieg vorerst aufgegeben, ohne dass das erklärte Ziel erreicht worden wäre - weder der Feudalismus, noch der Imperialismus wurden besiegt. Deren Handlanger, die alte Armee und die alten parlamentarischen Parteien, sitzen noch fest im Sattel.

Die Befürworter von Prachandas Kurs vertreten die Ansicht, dass dies eine blosser Taktik sei. Die KritikerInnen sind der Meinung, dass es sich dabei um einen Strategiewechsel, um reformistische Politik handle. Wir können von hier aus die Verhältnisse in Nepal schwer einschätzen. Wie ist die relative Stärke der PLA? Wie gross das Bewusstsein der Massen? Uns geben vor allem die anbiedernden Signale zu denken, welche die Parteiführung seit dem Friedensprozess an die herrschenden Klassen im Ausland sendet. Sie vertreten eine Klassenkollaboration. Laut Prachanda soll sich Nepal gar die Schweiz als Vorbild nehmen! Wir können uns schwer vorstellen, dass solche Aussagen nur taktisch gegen aussen wirken sollen und keine Verwirrung im Bewusstsein der revolutionären Massen stiften. Vielmehr befürchten wir, dass dadurch Illusionen über den bürgerlichen Parlamentarismus entstehen. Eine klare Vertretung von Klassengrenzen dagegen, würde die realen Verhältnisse widerspiegeln und die unterdrückten Klassen darin bestärken, die Zügel auf keinen Fall aus der Hand zu geben. (agkk)

«For the Workers 32!»

IRLAND Wenn man den bürgerlichen Medien glaubt, dann scheint der antiimperialistische Kampf in Irland vorbei zu sein, doch aktuelle Ereignisse zeigen das Gegenteil. In dieser Ausgabe steigen wir mit einem Artikel über die Geschichte des Konflikts ein, in der nächsten Nummer befasst sich ein Artikel vor allem mit den sozialistischen Gruppen in Irland.

(agaf) Auch wenn der Kampf seit 1969 der bekanntere Teil des Konflikts darstellt, erzählen die Balladen der irischen Widerstandsbewegung von einem Kampf, der seit 800 Jahren stattfindet. In diesen 800 Jahren gab es viele Aufstandsversuche, doch wichtig für das Verständnis des heutigen Konflikts ist der so genannte Osteraufstand. 1916 vereinte sich die antiimperialistische Miliz Irish Volunteers zusammen mit der vom Marxisten James Connolly gegründeten Arbeitermiliz Irish Citizens Army zur Irish Republican Army (IRA), um die britische Herrschaft über Irland zu stürzen und eine unabhängige Republik zu errichten.

Dieser Aufstandsversuch war bei weitem nicht bei allen populär, da viele ArbeiterInnen Verwandte in der britischen Armee hatten, welche im imperialistischen Krieg dienten, da sie sonst keine andere Möglichkeit sahen, ihre Familien zu unterstützen. Grosse Teile der Bevölkerung interpretierten daher den Aufstand als einen Angriff auf ihren Lebensunterhalt. Doch als die britische Armee die Anführer des Aufstands hinrichtete, gab es eine schlagartige Wende bei den ArbeiterInnen. Drei Jahre später führte die IRA einen effektiven Guerillakrieg gegen die imperialistische Besatzung und die britische Regierung bot Verhandlungen an.

Verhandlungen und Spaltung des Landes

Bei diesen Verhandlungen gewannen auf der republikanischen Seite die Reformisten um Michael Collins die Oberhand und das Land wurde gespalten. In den südlichen 26 Grafschaften entstand ein so genannter Freistaat, was mit Vichy Frankreich im 2. Weltkrieg zu vergleichen ist, und in den sechs nördlichen Grafschaften entstand das neu gegründete Nordirland, das ein vollständiger Teil Grossbritanniens bleiben sollte. Dieser Verrat der Reformisten führte zu einem Bürgerkrieg, in dem die Reformisten mit finanzieller und militärischer Hilfe der britischen Regierung siegten und die Anti-Abkommen Kräfte in den Untergrund drängten. Doch diese kämpften weiter gegen die Besatzung, das endgültige Ziel «the Workers Thirty Two» anstrebend, also eine Arbeiterrepublik bestehend aus den vereinigten 32 Grafschaften Irlands. Diese Situation schuf die Rahmenbedingungen für den heutigen Teil des Konflikts.

Grossbritannien schuf das so genannte Nordirland, da ein grosser Teil der Bevölkerung dort loyalistisch orientiert war, d.h. sie waren dem britischen Staat loyal. Die imperialistische Besatzung versucht seither die Tatsache, dass die meisten (jedoch nicht alle) der Republikaner katholisch und die meisten der Loyalisten protestantisch sind, zu instrumentalisieren, um den antiimperialistischen Kampf als «Religionskonflikt» abzustempeln und so den Widerstand zu kriminalisieren.



Eines der zahlreichen Wandgemälde. Dieses erinnert an gefallene Widerstandskämpferinnen.

Zwischen dem Ende des Bürgerkriegs 1923 und 1969 gab es einige kleinere Kampagnen, doch die Lage blieb eher ruhig. Doch um 1968/69 herum entwickelte sich eine Bürgerrechtsbewegung, welche gegen die staatliche Diskriminierung der katholischen Bevölkerung kämpfte. Obwohl die republikanische Bewegung die Bürgerrechtsbewegung sicherlich unterstützte und viele ihrer Mitglieder auch dort aktiv waren, waren es zwei getrennte Bewegungen. Während die Bürgerrechtsbewegung zum weitaus grössten Teil aus Leuten bestand, welche die Unabhängigkeit befürworteten, blieb sie doch eine Bürgerrechtsbewegung und keine Unabhängigkeitsbewegung.

Die Antwort des Staates und der reaktionären Loyalisten war schnell und brutal. Horden von reaktionären Loyalisten vertrieben mit Hilfe der «B-Specials»¹ Katholiken aus ihren Häusern und brannten diese nieder. Es waren regelrechte Pogrome. Die Lage geriet so ausser Kontrolle, dass die britische Regierung schlussendlich die Armee schicken musste, um wieder Stabilität herzustellen.

Zu dieser Zeit gab es interessante Entwicklungen innerhalb der republikanischen Bewegung. Sie hatte zunehmend sozialistische Positionen entwickelt und sah die nationale Befreiung nicht mehr als Endziel, sondern als notwendige Stufe in Richtung Sozialismus. Die Führung vertrat jedoch zunehmend reformistische Positionen. Sie weigerte sich sogar, Waffen freizugeben, um die Quartiere vor den reaktionären Pogromen zu schützen.

Es gab aus diesem und anderen Gründen eine Spaltung in der Bewegung und die Provisional IRA und die Partei Provisional Sinn Fein wurden geboren. Leider wandten sie sich aus Frust vor der reformistischen Füh-

rung der «Officials» (von denen sie sich weg gespalten hatten) eher weg von sozialistischen Positionen und konzentrierten sich fast nur noch auf die nationale Befreiung, ohne dies in einem grösseren Kontext zu sehen. Die Provisional republikanische Bewegung organisierte sofort Schutz für die von den Loyalisten angegriffenen Quartiere, lancierte aber auch eine militärische Kampagne gegen die britische Besatzung.

Die nationalistische² ArbeiterInnenklasse, welche zuerst um die Präsenz der britischen Soldaten erleichtert waren, erkannten schnell, dass diese auf der anderen Seite der Barrikaden standen und nur dort waren, um die Stabilität des nordirischen Staates zu gewährleisten. Dies wurde spätestens 1971 klar, als die britische Regierung die Internierung republikanischer Widerstandsaktivisten einführte, also die Inhaftierung von mutmasslichen Widerstandskämpfern ohne jegliches Gerichtsverfahren. Es wurde kein einziger Loyalist verhaftet, obwohl es täglich wahllose Übergriffe auf ArbeiterInnen aus den republikanischen Quartieren und immer noch Pogrome gab. Auch wurden 1972 vierzehn unbewaffnete Demonstranten von britischen Fallschirmjägern erschossen. Ein Ereignis, welches als «Bloody Sunday» in die Geschichte einging.

Im nächsten Artikel werden wir die Kämpfe innerhalb der Knäste, den Hungerstreik von 1981, die Geburt der Irish Republican Socialist Movement und die Situation heute anschauen.

¹ Eine loyalistische Hilfspolizeieinheit

² Gemeint ist der Teil der Bevölkerung, welche für die Unabhängigkeit bzw. Wiedervereinigung Irlands ist. Der Begriff «nationalistisch» soll in diesem Fall nicht mit «rechts» gleichgesetzt werden.

MERKE!

Am 18. April 2009 veranstaltete die Stapo Winterthur einen «Sicherheitstag» in der Winterthurer Altstadt, um ihr Wirken und Schaffen der Öffentlichkeit zu zeigen. Für uns eine gute Gelegenheit, unser «Familienalbum»

mit einigen neuen Gesichtern zu füllen. Diese Bullen sind sowohl zivil als auch uniformiert unterwegs. Übrigens, verjagen lassen sie sich wie alle anderen auch!



Heraus zum
**9. Antifaschistischen
Abendspaziergang**

- Dem Faschismus den Weg abschneiden -



26.09.2009 20.00Uhr Heiliggeistkirche Bern

**Nationale Kundgebung der Gewerkschaften
Samstag, 19. September 2009, 13.30 Uhr
Schützenmatte, Bern**

**Themen: Service public stärken
Kaufkraft erhöhen, Krankenkassenprämien verbilligen
Arbeitsplätze erhalten, Stellen schaffen
Stopp dem Rentenklau
Die Verantwortlichen endlich zur Kasse bitten
Darum alle mit dem Sonderzug nach Bern.**

Kommt in den Block mit den roten aufbau-Fahnen.



LoRa 97.5 MHz

**Sonntag
18 bis 20 Uhr**

**Wiederholungen
jeweils
donnerstags
10 bis 12 Uhr**

**Die nächsten Daten:
6.09.2009
4.10.2009
1.11.2009**

Kritik und Anregungen an:
Rote Welle, Postfach 8663, 8036 Zürich

**vorwärts-
die Waffe für den Klassenkampf**



bewaffe dich mit einem Abo.

ausschneiden und einsenden an
vorwärts, Postfach 2469, 8026 Zürich
oder elektronisch www.vorwaerts.ch

Jahresabo für CHF 160.- Nichtverdienende für CHF 110.-
 Halbjahresabo für CHF 85.- Probeabo: 6 Nummern für CHF 10.-

Name/Vorname: _____
Strasse/Nr. _____
PLZ/Ort: _____

TAXI - Magazin für Soziales und Kultur

www.strassenmagazin.ch.vu

Offen für Texte und Infos....

Wir brauchen immer VerkäuferInnen.
Pro verkauftem Heft verdienst Du CHF 2.50
Job-Telefon 078 742 28 67

kommunismus lesen. aufbau abonnieren.

jahresabo 30 fr.
förderabos 50, 100 fr. oder nach Wahl



info@aufbau.org oder www.aufbau.org

Buchhandlung am Helvetiaplatz

Stauffacherstrasse 60
8026 Zürich 4
Telefon 01 241 42 32
Telefax 01 291 07 25
www.helvetiabuch.ch

Politik | Von >Adorno bis >Zapata

**Der neue Webauftritt
der jungen Welt.
Die ganze Zeitung im Internet.**



Die *junge Welt* ist eine überregionale, von Parteien und Organisationen unabhängige linke Tageszeitung. Jeden Tag finden Sie in ihr mindestens zwei aktuelle Interviews, eine tagesaktuelle Schwerpunktseite, fünf Seiten Politik, zwei Thema-Seiten, ein junges Feuilleton sowie »kapital & arbeit« auf Seite 9. An drei Tagen ist eine halbe Seite für unsere Leserinnen und Leser reserviert. Die täglichen Kommentare, die Wochenendbeilage »faulheit & arbeit« und die jeweils wöchentlich erscheinenden Seiten »Feminismus« und »Antifa« sind in Art und Inhalt einmalig. Hauptaufgabe der Zeitung: Bestehende Verhältnisse ungeschminkt beschreiben, analysieren, kritisieren. Der Marxismus ist dazu ein wichtiges Instrument.

www.jungewelt.de
Mehr Nachrichten, mehr Analyse, mehr Information.

adag
Druckerei

H.R. Breitenmoser
Landenbergstrasse 10
CH-8037 Zürich
Tel. 044 272 17 10
Fax 044 271 77 26
adag@adagebra.ch

Briefschaften • Plakate • Flyer • Postkarten • etc.

Aufschreiben, was später einmal schön wird



WERKKREIS LITERATUR DER ARBEITSWELT Im Jahr 1968 entstand in Deutschland ein Bündnis von ArbeiterInnen, SchülerInnen, Lehrlingen, StudentInnen, LehrerInnen, Angestellten und WissenschaftlerInnen mit dem Ziel einer kollektiven Literaturproduktion; der Textproduktion von unten.

(az) Der Schriftsteller Walter Jens schrieb in einem vielbeachteten Aufsatz zum Thema des Arbeitsalltags in der damals vorherrschenden deutschen Literatur, dass man sich des Eindrucks nicht erwehren könne, der arbeitende Mensch lebe «im Zustand des ewigen Feiertages». Der Alltag der ArbeiterIn schien 1968 im deutschen Literaturkanon praktisch inexistent.

Nicht dass es in früheren Zeiten keine Literatur zum Arbeitsalltag gegeben hätte. Die mit den Begriffen «Arbeiterliteratur», «Arbeiterdichtung» verkürzte Literaturgattung war, zumal sie sich auch als Teil des Proletariats und als teilnehmende Beobachterin der revolutionären Erneuerung verstand, ständigen Angriffen der bürgerlichen Literaturkritik ausgesetzt. Denken wir z.B. an die Arbeiterkorrespondenten-Bewegung der KPD, oder an die kommunistischen Betriebsreportagen Willi Bredels in der «Linkskurve», dem Organ des aus der Korrespondentenbewegung hervorgegangenen Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller (BPRS) zu Zeiten der Weimarer Republik. Letzterem verdanken wir zahlreiche theoretische Beiträge zu einer marxistischen Literaturkonzeption. In der äusserst heftigen, von 1933-1939 geführten Diskussion (der Expressionismusdebatte!) ging es um die adäquate Form der literarischen Realitätsbeschreibung im Zeichen der faschistischen Bedrohung und der sich konstituierenden antifaschistischen Volksfront; im Speziellen ging es aber auch – unter heftiger Ablehnung der zeitgenössischen (expressionistischen) Werke Gottfried Benns und James

Joyces – um den realistischen (proletarischen) Roman.

Die Dortmunder Gruppe 61

Dass eine realistische Literaturkonzeption in den Trümmerlandschaften nach Kriegsende kaum mehr zur Diskussion stand, lag sicher auch an der literarischen Faschismusbewältigung, welche sich zunehmend für einen humanistisch verorteten Wertediskurs im Lichte des sich anbahnenden Systemkonflikts des kalten Krieges engagierte. Unter der Führung der Gruppe 47, einem losen Zusammenschluss deutschsprachiger BerufsschriftstellerInnen, wurde der jungen BRD ein literarisches Aufbauprogramm verpasst – ein elitärer Kraftakt mit deutlich staatstragenden Obertönen. Trotz der immensen Anstrengungen bei der Wiederherstellung der industriellen Produktivkraft, schien die eigentliche Arena des kapitalistischen Wiederaufbaus – die Arbeitswelt – gänzlich aus der Nachkriegsliteratur herausgefallen zu sein.

Neben wenigen Ausnahmen, so z.B. der 1953 in München-Schwabing gegründete Komma-Klub, mit seinen Kontakten zur DDR-Arbeiterliteratur, wurde die Arbeitswelt erstmals 1961 durch die Gruppe 61, einer Verbindung von ArbeiterschriftstellerInnen aus Dortmund, wieder ins literarische Zentrum gerückt. Diese vom Dortmunder Bibliothekar Fritz Hüser geförderte Gruppe verpflichtete sich zwar auf eine realistische Darstellung arbeitender Menschen in ihren kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen, doch schien sich unter den Mitgliedern zunehmend die Auffassung durchzusetzen, dass die «gesellschaftliche Wirklichkeit der BRD nur harmonisiert zu begreifen und zu gestalten» sei². Zur Spaltung innerhalb der Gruppe 61 kam es 1968 auch aus praktischen Gründen, nämlich als die Mehrheit nicht bereit war, schreibende ArbeiterInnen zu schulen und zu fördern, sondern ihr Ziel vielmehr darin sahen, sich selbst als BerufsschriftstellerInnen auf dem deutschen Literaturmarkt zu etablieren.³

Der Werkkreis Literatur der Arbeitswelt

Die internen KritikerInnen der Gruppe 61, darunter u.a. Erasmus Schöfer (über ihn werden wir in einer kommenden Nummer ausführlich berichten), Erika Runge (später bekannt durch ihre Bottroper-Protokolle) und Günter Wallraff (siehe: Industriereportagen), schlugen an der Herbsttagung 1968 die Gründung von literarischen Werkstätten nach dem Vorbild der kurz zuvor entstandenen «Hamburger Werkstatt Schreibender Arbeiter» und der «Literarischen Werkstatt Gelsenkirchen» vor. Aus der ein Jahr später proklamierten Gruppe 70 für Literatur der Arbeitswelt wurde dann 1971 der eingetragene Verein Werkkreis Literatur der Arbeitswelt. Der Werkkreis verstand sich als Bündnisorganisation für eine eingreifende, parteiliche Literatur und bestand vorwiegend aus Gewerkschafts-, DKP- und SPD-Basis und verschiedenen linken BürgerInnen- Studierenden- und Wohninitiativen. In der sich verschärfenden Krise in den 70er Jahren (beispielhaft: die grossen Streiks bei Ford in Köln) erlebte der Werkkreis ein starkes Wachstum; es entstanden bis zu 45 Werkstätte in Deutschland (und mit Basel und Zürich auch in der Schweiz). Doch Gravitationszentrum der Literaturproduktion bleibt das Ruhrgebiet.

Die in den Werkstätten organisierten «Wortarbeiter» (Eigenbezeichnung) konzipierten ihre kollektive Literaturproduktion als politische Kampagnen (z.B. «Die-

ser Betrieb wird bestreikt», «Akkord ist Mord», «Schulggeschichten») und griffen dabei die frühere Tradition des «Roten-Eine-Mark-Romans» auf. Zusammen mit dem Fischer-Verlag entstand so die Taschenbuchreihe «Werkkreis Literatur der Arbeitswelt». Berufsschriftsteller wie Peter Handke, Heinrich Böll und der heute rechtskonservativ gewendete Martin Walser haben den Werkkreis stets enthusiastisch unterstützt – selbst Johannes Mario Simmel liess dem Werkkreis regelmässig namhafte Geldbeträge zukommen! Trotz Anfeindungen durch die bürgerliche Literaturkritik (Marcel Reich-Ranickis legendäres Urteil: «Schund!»), wurden bis heute insgesamt 60 Bände publiziert (Gesamtauflage: eine Million Bücher) mit den Bestsellern «Der rote Grossvater erzählt», «Ich stehe meine Frau» und «Mit 15 hat man noch Träume».

Einen ersten Einbruch erlebte der Werkkreis nach der rechtskonservativen Wende in Europa anfangs der 80er Jahre. Heute tritt er politisch mit seinen 9 Werkstätten kaum noch in Erscheinung. Trotzdem: der Werkkreis Literatur der Arbeitswelt gehört zu den erfolgreichsten kollektiven Anstrengungen für eine proletarische Literatur.

1 Hans-Jürgen Schmitt (Hg.), Die Expressionismusdebatte – Materialien zu einer marxistischen Literaturkonzeption, Frankfurt a. M.: edition suhrkamp Nr. 646, 1973.

2 Peter Fischbach, Horst Hensel, Uwe Naumann (Hsg.), Zehn Jahre Werkkreis Literatur der Arbeitswelt – Dokumente, Analysen, Hintergründe, Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch Verlag, 1979.

3 Website des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt: www.werkkreis-literatur.de

ABAKUS

Im letzten Abakus haben wir uns mit der Kunst des Schätzens auseinandergesetzt. Wie weit kann ein Auto fahren, bis vom Gummireifen genau eine Schicht von der Dicke eines «Gummimoleküls» abgefahren ist? Die Dicke des «Gummimoleküls» betrage – natürlich geschätzt! – einen halben Nanometer.

Nehmen wir einmal an, dass eine AutofahrerIn jährlich rund 20'000 km mit dem Auto zurücklegt. Die Autoreifen halten sicher länger als ein Jahr, aber weniger lang als sechs Jahre – also schätzen wir doch einfach: drei Jahre. Die Dicke des Gummibelags eines Reifens misst ungefähr 1 cm und wird über die Distanz von 60'000 km vollständig abgefahren. Den Weg, den das Auto nun zurücklegen muss um eine monomolekulare Schicht des Reifens abzufahren beträgt demnach

$$d = \frac{60000 \text{ km}}{1 \text{ cm}} \cdot 0.5 \text{ nm} = \frac{60000 \cdot 10^3 \text{ m}}{10^{-2} \text{ m}} \cdot 0.5 \cdot 10^{-9} \text{ m} = \underline{\underline{3 \text{ m}}}$$

was gerade einer Radumdrehung entspricht.

Blieben wir beim Schätzen: Ich bin eine Kommunistin mit langen roten Haaren! Welche Distanz könnte ich überbrücken, wenn ich jedes dieser Haare der Länge nach in eine Reihe legen würde und zwar so dass sich die benachbarten Haaren jeweils an den entsprechenden Enden berühren?



Verkaufsstellen Schweiz: Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich / Chornladen, Fierzgasse 16, 8005 Zürich / Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur / Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4 / Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern / Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern / Café Kabul, Rickenbachstrasse 56, 6430 Schwyz / Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen / Buchhandlung Waser, Feldbergstrasse 30, 4057 Basel / Buchhandlung Waser, Rümelinsplatz 17, 4001 Basel / Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel.

Verkaufsstellen Deutschland: Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg / Infoladen Stuttgart, Ludwigstr. 110a, 70197 Stuttgart / Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn / Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg / Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt / Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43, 80799 München / Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin / Jos Fritz Buchhandlung, Wilhelmstr. 15, 79098 Freiburg / Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.